

Die »Koalition von Kabinett und Kapital«: 1983 bis 1989

Einleitung

Die Bestätigung des CDU-Kanzlers Kohl bei der Wahl 1983 gab den Unternehmerverbänden den Anlass, eine Politik des noch stärkeren Sozialabbaus einzufordern. Ihr Ziel war der Abbau sozialer Leistungen, angeblich um damit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Mit dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 wurde die Möglichkeit für befristete Arbeitsverhältnisse erleichtert. In der gesamten Zeitperiode lag die Arbeitslosigkeit in Hannover über 11%!

Trotz dieses ungünstigen Umfeldes begann die IG Metall 1983 mit einer Kampagne zur Einführung der 35-Stunden-Woche. Durch die Aussage von Kanzler Kohl »die Forderung der 35-Stunden-Woche sei absurd, dumm und töricht« wurde das gemeinsame Agieren mit den Unternehmern deutlich. Das Vorstandsmitglied der IG Metall Hans Janßen bezeichnete dies in seinen Reden als »Koalition von Kabinett und Kapital«. Als 1984 in Baden-Württemberg und Hessen Streiks begannen, griffen die Unternehmer zum Mittel der Aussperrung. Durch Fernwirkung in den Lieferbeziehungen waren Hunderttausende außerhalb der Streikgebiete betroffen. Da die Bundesanstalt für Arbeit sich rechtswidrig weigerte, ihnen Kurzarbeitergeld zu zahlen, standen sie vor dem Nichts. Die IG Metall sprach von »Kalter Aussperrung«. In Hannover waren 11.000 Kolleginnen und Kollegen überwiegend bei Volkswagen betroffen. Nach sechs Wochen Streik endete der Tarifkonflikt mit einem Schlichterspruch. Es wurde zunächst die 38,5-Stunden-Woche eingeführt und eine Flexibilisierung der Arbeitszeit vereinbart.

Ein Jahr danach startete die Bundesregierung ein Gesetzesvorhaben zur Regelung des Kurzarbeitergeldes bei Fernwirkung im Arbeitskampf. Die Verschlechterung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz war ein zentraler Angriff auf das Streikrecht der Gewerkschaften und führte zu massiven Protesten aller DGB-Gewerkschaften. Auch in Hannover kam es zu Protestaktionen während der Arbeitszeit, z.B. bei Volkswagen in Stöcken. Alle Proteste konnten aber die Änderung des Gesetzes nicht stoppen.

In Hannover kam es 1983 zu dramatischen Arbeitsplatzverlusten bei zwei Großbetrieben. Der Konkurs der Hanomag AG und der Verkauf der Telefunken an den französischen Konzern Thomsen-Brandt trieben den Arbeitsplatzabbau in die Höhe. Die Kündigung von zwei Betriebsratsmitgliedern bei der VAW-Leichtmetall musste der Konzern nach einer Welle der Solidarität zurücknehmen.

Am Streik im niedersächsischen KFZ-Handwerks waren zwölf hannoversche Betriebe beteiligt. Nach über vier Wochen konnte der Streik erfolgreich mit einem guten Tarifergebnis beendet werden. Trotz anhaltender Arbeitslosigkeit konnte die IG Metall ihre Mitgliederzahl bei knapp über 50.000 halten.

Als am 9. November 1989 die Mauer in Berlin fiel, ahnten die Wenigsten, was ihnen die Zeit nach 1990 bringen sollte. Doch davon später mehr.

Jahr	Politik	IG Metall in Bund und Land Gewerkschaften und DGB	IG Metall Hannover
1983	Bundestagswahl, Koalitionsregierung von CDU und FDP; Bundeskanzler Helmut Kohl In zahlreichen Städten große Demonstrationen gegen NATO-Doppelbeschluss und die Raketenstationierung Thesen zum Sozialabbau und zur De-Regulierung von BDA, Heimo George und Ernst Albrecht Hannover wird Partnerstadt von Hiroshima »Flick-Affäre«	IG Metall startet die Kampagne für die 35-Stunden-Woche. 12. Juli: Beschluss des IG Metall Beirat gegen NATO-Doppelbeschluss 5. Oktober: DGB-Aktion »5 Mahnminuten für den Frieden« Gewerkschaftstag der IG Metall: Hans Mayr: 1. Vorsitzender Franz Steinkühler: 2. Vorsitzender MTV Metallindustrie NDS: neue Entlohnungsbestimmungen	Arbeitslosigkeit: 11,2% IG Metall Mitglieder: 49.142 Verkauf von Telefunken: Arbeitsplatzabbau Lohnkonflikt bei VAW Leichtmetall: Konflikt um die Kündigung der Betriebsräte Kuck und Minninger Streik im KFZ-Handwerk Friedensdemo der IGM Jugend Hannover am 3.9. mit 3.000 Teilnehmenden
1984	Thesen und Papiere mit Angriffen auf den Sozialstaat und den Flächentarifvertrag von CDU und FDP-Politikern Gründung des Privatfernsehens: RTL u.a.	Streik für die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie von Baden-Württemberg und Hessen Bundesweite »Kalte Aussperrung«	Konkurs und Protestaktionen bei Hanomag »Kalte Aussperrung« bei Volkswagen in Stöcken für 11.000 Beschäftigte; Breite Protestdemonstrationen gegen die »Kalte Aussperrung«
1985	Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: »8. Mai ist Tag der Befreiung« Buch von Günter Wallraff: »Ganz unten« »Beschäftigungsförderungsgesetz« 13. Juli 1985: Live Aid für Afrika, das größte Musikevent aller Zeiten, 2 Milliarden TV-Zuschauer	Einführung der 38,5 Stunden Woche in der Metallindustrie bei flexiblerer Arbeitszeitverteilung	Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben 19.10.1985: Aktionstag gegen Sozialabbau. Großdemo in Hannover: ca. 20.000 Teilnehmende Die IGM Verwaltungsstelle zieht um in den Postkamp 10
1986	Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zur »kalten Aussperrung« Niedersachsen: Wahlsieg der CDU; CDU-FDP-Regierung unter Ernst Albrecht Reaktorunfall in Tschernobyl	Konflikt innerhalb des Bezirks Hannover; Claus Wagner wird nicht wieder als ehrenamtliches Vorstandsmitglied gewählt, sondern der Bevollmächtigte aus Salzgitter, Bernd Henn; heftige interne Kontroversen: »Der Bezirk war zerrissen« Gewerkschaftstag: 1. Vorsitzender: Franz Steinkühler 2. Vorsitzender: Karl-Heinz Janzen	4. Februar und 6. März: Protestaktionen gegen die Änderung des § 116 AFG
1987	Abrüstungsvertrag zwischen der USA und der UdSSR und Abzug aller atomaren Mittelstreckenraketen aus Europa Sept.-Okt. »Barschel Affäre« in Schleswig-Holstein	Kontroversen über den politischen Kurs und Personalentscheidungen auf der Bezirkskonferenz der IG Metall	
1988	18. Februar Generalsekretär Michail Gorbatschow betont, dass jeder sozialistische Staat sein gesellschaftliches System frei wählen könne	Zukunftsdebatte der IG Metall Jürgen Peters wird Bezirksleiter; er schafft es, die internen Konflikte zu beenden und wieder ein solidarisches, gemeinsames Arbeiten der Verwaltungsstellen sicherzustellen.	Auf Initiative der IGM, Großkundgebung des DGB in Hannover gegen Sozialabbau
1989	Am 9. November fällt die Mauer in Berlin und das staatliche System der DDR bricht zusammen. Debatten über die deutsche Einheit Die westlichen politischen Parteien werden in der DDR aktiv.	37-Stunden-Woche in der Metallindustrie Massive Angriffe der Unternehmer auf das freie Wochenende; »Hildesheimer Erklärung« zum freien Wochenende Gewerkschaftstag:	Arbeitslosigkeit: 11,9% IG Metall Mitglieder: 50.289, Dieter Dicke wird zum Kassierer gewählt

		1. Vorsitzender: Franz Steinkühler 2. Vorsitzender: Klaus Zwickel	
--	--	--	--

Lebenssituation der Menschen

Im Vergleich zu früheren Zeitperioden kann die Lebenssituation der großen Mehrheit der Menschen als gut bezeichnet werden. Beschäftigte in der Metallindustrie hatten überwiegend unbefristete Arbeitsverträge, gute Tarifeinkommen bei einer 40-Stunden-Woche von Montag bis Freitag. 30 Tage Urlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld waren inzwischen Standard. Viele konnten sich ein Auto und eine Urlaubsreise ins Ausland leisten. Dies galt aber nicht für arbeitslose Menschen. 1984 überschritt erstmals die Zahl der Arbeitslosen die 2-Millionen-Marke. Die Arbeitslosenquote lag in der Zeitperiode von 1983 bis 1989 in Hannover durchgehend über 11% (Hannover 1986 = 46.000).

Die gefühlte Arbeitsplatzsicherheit veränderte sich durch die steigende Zahl von Entlassungen in den Betrieben. Hinzu kam der Konkurs der Hanomag und der Niedergang der Telefunken bis zur Schließung im Jahr 1990, der allein 5.000 Arbeitsplätze vernichtet hat. Im Unterschied zu den 1950er und 1960er Jahren fanden Beschäftigte, die gekündigt wurden, nicht sofort wieder neue Arbeit, sondern waren längere Zeit arbeitslos. Insbesondere die steigende Jugendarbeitslosigkeit führte in den Familien zu Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder. Bei einer bundesweiten Jugendarbeitslosigkeit von über 600.000 im Jahr 1986 wurde es immer schwieriger, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Oft mussten Jugendliche mehr als 100 Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz schreiben. Manche Firmen beantworteten die Bewerbungsschreiben erst gar nicht.

Die Kommunikationswege der Menschen waren anders als heute. Es gab keine Smartphones, keine Apps, kein Internet und keine E-Mails. Es wurde per Festnetz-Telefon, mit Briefen und durch Faxe kommuniziert. Erst Mitte der 1980er Jahre erhielten einige Haushalte erste Heimcomputer, etwa den Commodore 64 – kurz C64 mit einem Arbeitsspeicher von sagenhaften 64 KB, der aber nicht mit einem Netz verbunden war. Im Jahr 1986 kam der erste Apple PC auf den Markt, erstmals mit der heute üblichen Benutzeroberfläche und der Steuerung mit einer Maus.

Das Fernsehverhalten der Menschen änderte sich im Jahr 1984 mit der Einführung des Privatfernsehens. Vorher gab es lediglich drei öffentlich-rechtliche Fernsehprogramme – nun traten RTL, Sat1 und andere auf den Plan. 1985 begann im ersten Programm die sonntägliche Fernsehserie »Lindenstraße«, die zukünftig jede Woche bis zum Jahr 2020 ausgestrahlt wurde. 1983 ließ Nena »99 Luftballons« steigen und Geier Sturzflug haben in die Hände gespuckt und rockten »Wir steigern das Bruttosozialprodukt«. 1984 sang Bruce Springsteen »Born in The USA «und Tina Turner »Privat Dancer«. Zwei Jahre später träumte Rio Reiser – was alles und noch viel mehr, er machen würde, wenn er »König von Deutschland wär«. Herbert Grönemeyer besang die »Männer« und Klaus Lage zoomte sich durch »1000 und 1 Nacht«.

Politische Situation

Nach dem Regierungswechsel 1982 wurden zahlreiche Maßnahmen zum Sozialabbau und steuerliche Erleichterungen für die Unternehmer durchgesetzt. Grundlage dieser Politik waren mehrere Positionspapiere der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) aus den Jahren 1982 und 1983.¹ Daran orientierte sich schon zu Zeiten der SPD-FDP-Koalition der FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Er veröffentlichte am 9. September 1982 sein Thesenpapier »Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit«, das den Bruch der SPD-FDP-Koalition einleitete.² Zu Beginn der neuen CDU-FDP-Regierung legten dann zwei Politiker nach. Der sozialpolitische Sprecher der CDU-CSU-Fraktion, Haimo George veröffentlichte im Juli 1983 »Eine Analyse der wichtigsten Ursachen der Arbeitslosigkeit und Vorschläge zur Eindämmung«.³ Als ehemaliger Bahlsen Manager legte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht im gleichen Jahr nach und veröffentlichte »Zehn Thesen zum Problem der Arbeitslosigkeit«.⁴ Die Thesenpapiere der BDA, von Graf Lambsdorff, Haimo George und Ernst Albrecht hatten eine gemeinsame inhaltliche These: Grund für die hohe Arbeitslosigkeit seien zu hohe Löhne, zu viel Mitbestimmung, zu hohe Sozialleistungen und zu hohe Belastungen der Unternehmer. Davon ausgehend leiteten sie einen Katalog von Maßnahmen zum Sozialabbau und zur Verringerung von Steuern für die Unternehmer ab. In den öffentlichen Haushalten sollte deutlich weniger für Sozialleistungen ausgegeben werden. Der FDP-Politiker Hans-Dietrich Genscher rief sogar »das Ende der sozialdemokratischen Epoche« aus und erklärte, dass »die Wirtschaft der Zukunft eine Unternehmerwirtschaft sei«.⁵

Nicht alle, aber zahlreiche der Vorschläge wurden in den folgenden Jahren von der CDU-FDP-Regierung schrittweise umgesetzt. Es entstand eine Art »Kürzungsklima«. Das Perfide daran war, dass die Bundesregierung vorgab, alle Kürzungen seien notwendig, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Einer der ersten harten Einschnitte war die Verabschiedung des »Beschäftigungsförderungsgesetzes«, in dem ein Sammelsurium von arbeitsrechtlichen Verschlechterungen zusammengefasst waren, um angeblich förderlich auf die Beschäftigung zu wirken. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen wurde von sechs auf 18 Monate ausgeweitet, die Verleihdauer bei Leiharbeitsbeschäftigten von drei auf sechs Monate erhöht, die Sozialplanpflicht im Betriebsverfassungsgesetz eingeschränkt. Im gesamten Bereich der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung kam es zu zahlreichen Kürzungen, so z.B. der Senkung des Arbeitslosengeldes von 68% auf 63%. Gleichzeitig wurden die Unternehmer durch zahlreiche neue Regelungen bei den Steuergesetzen entlastet. Die »Koalition von Kabinett und Kapital« leistete ganze Arbeit.

1983 kam es in Hannover erneut zu großen Demonstrationen gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen. Am 3. September 1983 organisierte die IG Metall Jugend eine landesweite Demonstration mit Abschlusskundgebung und Konzert im Congress Centrum (HCC). Am 5. Oktober 1983 rief der DGB bundesweit in den Betrieben um Fünf vor

¹ Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) (1982): »Soziale Sicherung der Zukunft«; Dies. (1983): »Soziale Sicherung im Umbruch«; Dies. (1984): »Strategie zum Abbau der Arbeitslosigkeit«

² Lambsdorff (1982), Otto Graf (1982): Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0079_lam_de.pdf

³ George, Haimo (1983): Eine Analyse der wichtigsten Ursachen der Arbeitslosigkeit und Vorschläge zur Eindämmung«, in: Zeitschrift Arbeit und Soziales, 8/1983, S. 267-271

⁴ Ernst Albrecht (1983): Zehn Thesen zum Problem der Arbeitslosigkeit, in: Zeitschrift Arbeit und Soziales, 10/1983, S. 334-339

⁵ Hans-Dietrich Genscher (1985): »Zukunftschancen für eine freiheitliche Gesellschaft, in: Frankfurter Rundschau, 4. Mai 1985, S. 10

Zwölf zu fünf Mahnminuten für den Frieden auf. Motto: Schluss mit dem Raketenwahnsinn. Am 22. Oktober 1983 demonstrierten bundesweit über 1,3 Millionen Menschen gegen die Stationierung, davon allein in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn über 500.000.

Dennoch beschloss der Bundestag am 22. November 1983 die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missile in der Bundesrepublik mit den Stimmen von CDU und FDP. Inzwischen hatte sich sowohl bei der IG Metall als auch bei der SPD eine Wende abgezeichnet. Am 12. Juli 1983 sprach sich der Beirat der IG Metall unmissverständlich gegen den NATO-Doppelbeschluss aus.⁶ Auch im Parteivorstand der SPD wurde gegen die Stimmen des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und der ehemaligen Minister ein Beschluss gegen den NATO-Doppelbeschluss herbeigeführt, der auch so vom SPD-Parteitag verabschiedet wurde.

Im Jahr 1983 verabredete der Oberbürgermeister von Hannover, Herbert Schmalstieg, eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Hiroshima. Seitdem wird jährlich in der Aegidienkirche am 6. August, dem Jahrestag des Abwurfs der US-Atombombe in Hiroshima, an die über 100.000 Toten gedacht.

Zu den Landtagswahlen 1986 in Niedersachsen wurde eine Unterschriftensammlung »Gewerkschafter gegen Albrecht!« gestartet. Über 100 haupt- und ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen waren Erstunterzeichner, tausende haben unterschrieben. Dennoch gewinnt Ernst Albrecht erneut die Landtagswahl mit absoluter Mehrheit.

Die einschneidendste Wendung in der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit war der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und die Auflösung der SED-Regierung, die dann 1990 zur deutschen Einheit führte. Dass der Zusammenbruch der DDR sowie der Umbruch in der Sowjetunion und der anderen sozialistischen, osteuropäischen Staaten auch die Situation in West-Deutschland nachhaltig verändern sollte, war im November 1989 den wenigsten Menschen klar.

Kampf um die 35 Stunden Woche

Schon 1977 hatte der Gewerkschaftstag der IG Metall die 35-Stunden-Woche gefordert. Vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit beschloss der Vorstand der IG Metall im April 1983 den Start einer breiten Kampagne zu ihrer Durchsetzung im Jahr 1984. Neben zahlreichen betrieblichen Aktivitäten wurde auch eine gesellschafts-politische Debatte gestartet, die die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung für eine menschengerechte Arbeitswelt und Gesellschaft in den Vordergrund stellte. Zahlreiche Wissenschaftler, Politiker und Künstler unterstützten die Forderung der IG Metall. Die Begründung der 35-Stunden-Woche wurde auf »drei gute Gründe« zugespitzt:⁷ Arbeitsplätze sichern und schaffen, Arbeit humanisieren sowie Leben und Gesellschaft gestalten. Auf vielen Plakaten war zu lesen: »Statt Arbeitslosigkeit für Viele, Arbeitszeitverkürzung für Alle.« In Betrieben und Verwaltungsstellen wurden kreative Aktionen durchgeführt und kulturelle Akzente gesetzt. Scherzhaft formulierten Einige: »5 Stunden mehr – für Liebe und Verkehr«. IG

⁶ Beschluss des Beirates der IG Metall vom 12. Juli 1983; Metall-Zeitung, Heft 18/1983 vom 9. September 1983, S. 14

⁷ IG Metall, Der Gewerkschafter Heft 7/1983, S. 12

Metall Vertreter referierten bei vielen Veranstaltungen von Parteien, Vereinen und Initiativen zu dem Thema.

Die Arbeitgeberverbände reagierten mit einer knallharten Ablehnung der Forderung. Ihr Dogma war: »Keine Minute unter 40 Stunden!« Die »Koalition von Kabinett und Kapital« wurde sichtbar, als sich Bundeskanzler Kohl in die Debatte einmische. Er bezeichnete die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als »absurd, dumm und töricht«.

Als die Tarifkommissionen bundesweit im November 1983 die Forderung nach der 35 Stunden Woche und einer Entgelterhöhung beschlossen, wurde schnell klar, dass dies nur durch Arbeitskampf durchgesetzt werden könnte. In einer breiten Warnstreikwelle beteiligten sich bis Mitte Mai 1984 bundesweit über 800.000 Beschäftigte. In Niedersachsen waren es über 100.000.⁸ Am 12. April beteiligten sich in Hannover 13.500 Beschäftigte aus Belegschaften folgender Betriebe:⁹

- Hanomag-Henschel
- Schörling
- Haku
- Kone
- Wabco I
- Wabco II
- Berstorff
- Telefunken
- Meinecke
- Schmalbach-Lubeca
- kabelmetal
- Gildemeister
- Perthen
- MAN
- Nass
- Troester
- Strate
- Renk
- BBC
- Sorst
- Varta
- Pietsch
- Hänsel
- Bodepanzer,
- Meusel
- Schott
- Dippel und Götze
- VDO
- IBM,
- Volkswagen.

⁸ IG Metall, Der Gewerkschafter, Heft 5/1984, S.7

⁹ IG Metall Bezirksleitung Hannover, Tarifnachrichten, 12. April 1984

Vor der Eröffnungsfeier der Hannover Messe demonstrierten 2.000 Metallerinnen und Metaller.¹⁰

Da bei den regionalen Tarifverhandlungen in Niedersachsen und in allen anderen Tarifgebieten keine Fortschritte erzielt werden konnten, kam es zu Spitzengesprächen zwischen IG Metall und Gesamtmetall, die ebenfalls scheiterten. Daraufhin beschloss der Vorstand der IG Metall die Urabstimmung für die Tarifgebiete Nordwürttemberg-Nordbaden und Hessen. Nach dem positiven Votum der Metallerinnen und Metaller begann der Streik in Baden-Württemberg am 14. Mai 1984 und eine Woche später in Hessen.

Streikschwerpunkte waren in Baden-Württemberg zunächst zahlreiche Zulieferbetriebe für die Autoindustrie. Die Arbeitgeberverbände beschlossen für diverse Betriebe über 2.000 Beschäftigten die Aussperrung. Streiks und Aussperrung führten als Fernwirkung zur Unterbrechung von Lieferketten und als Folge dessen zu Arbeitsausfall in nicht bestreikten Betrieben. Diese Fernwirkung wurde auch als »Kalte Aussperrung« bezeichnet.

Zur Unterstützung der Streikenden und als Protest gegen die Kalte Aussperrung kamen am 28. Mai 1984 in Bonn über 250.000 Teilnehmende zu einer Demonstration zusammen. Der Arbeitskampf wurde durch ein Schlichtungsverfahren in Baden-Württemberg beendet. Vorsitzender der Schlichtungsstelle war Georg Leber, der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden und ehemalige Minister in der Regierung unter Helmut Schmidt. Das Ergebnis: Die Einführung der 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ab 1. April 1985 mit der Möglichkeit einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Gleichzeitig werden die Löhne und Gehälter ab 1. Juli 1984 um 3,3% und ab dem 1. April 1985 noch einmal um 2% erhöht. Zusätzlich wurde eine Vorruhestandsregelung vereinbart. Dieses Schlichtungsergebnis aus Baden-Württemberg wurde in einer zweiten Urabstimmung akzeptiert und bundesweit übernommen.

1987 wurde die weitere Verkürzung beschlossen: ab 1.4.1988 auf 37,5 und ab 1.4.1989 auf 37 Stunden. Zur Einführung der 35-Stunden-Woche wurde erst 1990 ein Stufenplan vereinbart; im Jahr 1995 trat sie in Kraft.

Betriebliche Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit

Die im Schlichtungsergebnis ermöglichte Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit musste durch Betriebsvereinbarungen geregelt werden. Im Rahmen des Gesamtvolumens konnte für einzelne Beschäftigtengruppen ein längere bzw. kürzere Arbeitszeit in einem Korridor von 37 bis 40 Stunden vereinbart werden (Differenzierung der Arbeitszeit). Und durch Betriebsvereinbarung wurde die Möglichkeit einer flexiblen Verteilung der Arbeitszeit im Durchschnitt des Ausgleichszeitraums von zwei Monaten eröffnet (Flexibilisierung der Arbeitszeit). Bei der praktischen Umsetzung im Betrieb verkürzten nur sehr wenige Betriebe die tägliche Arbeitszeit; sehr beliebt war dagegen der »kurze Freitag«, an dem statt acht nur 6,5 Stunden gearbeitet wurde. Insbesondere in Schichtbetrieben wurden neun freie Tage pro Jahr vereinbart, so dass sich so eine durchschnittliche jährliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden ergab.

Der Kampf um das freie Wochenende

¹⁰ Ebd.

Bis auf wenige Ausnahmen, war bis Mitte der 1980er Jahre die Arbeitszeit auf die fünf Werkzeuge von Montag bis Freitag verteilt – das Wochenende war grundsätzlich frei. Die tarifliche Neu-Regelung enthielt aber eine Öffnungsklausel, nach der die Arbeitszeit auch auf sechs Werkzeuge einschließlich des Samstages verteilt werden kann. Ab 1988 versuchten die Unternehmer der Metallindustrie, den Samstag und teilweise auch den Sonntag zu Regelarbeitstagen zu machen. Bei Beibehaltung einer 5-Tage-Woche sollte durch entsprechende rollierende Systeme auch Samstags gearbeitet werden. Neben der öffentlichen Kampagne versuchten zahlreiche Unternehmer, die Betriebsräte unter Druck zu setzen, um Samstagsarbeit zu vereinbaren. Dagegen wehrte sich die IG Metall bundesweit. Im Bezirk Hannover wurde 1989 eine »Hildesheimer Erklärung« für das freie Wochenende verabschiedet.

Kampf gegen die »Kalte Aussperrung« (§ 116 AFG)

Während des Arbeitskampfes um die 35 Stunden Woche kam es zu dem grundsätzlichen Konflikt der Zahlung von Kurzarbeitergeld für indirekt betroffene Beschäftigte. Dabei ging es um folgendes: Wird z.B. ein Automobilzulieferer bestreikt, kommt es wegen der zeitlich eng getakteten Produktionsverflechtungen zu Materialmangel und folglich Arbeitsausfall im Endmontagewerk. Genauso führt ein Streik im Endmontagewerk dazu, dass kein Vormaterial vom Zulieferbetrieb abgerufen wird und deshalb dort die Arbeit ruht. Dies wird als »Kalte Aussperrung« bezeichnet. Bis Mitte der 1980er Jahre erhielten Beschäftigte, die auf Grund solcher Fernwirkungen nicht arbeiten konnten, Kurzarbeitergeld auf Grundlage des § 116 des damaligen Arbeitsförderungsgesetzes. Im Arbeitskampf 1984 standen 57.500 Streikenden und 155.000 »heiß« Ausgesperrten insgesamt 372.200 »kalt« Ausgesperrte gegenüber.

Am 18. Mai 1984 erließ der Präsident der damaligen Bundesanstalt für Arbeit (BfA), Heinrich Franke, einen Erlass, nachdem die kalt ausgesperrten Beschäftigten keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld hatten. Nach Auffassung der IG Metall war dies rechtswidrig, was auch einen Monat später von verschiedenen Gerichten bestätigt wurde. In der damaligen Situation ist aber damit auf dem Rücken der kalt Ausgesperrten Druck auf die IG Metall ausgeübt worden, zumal etliche Unternehmen wahrheitswidrig, streikbedingte Materialprobleme meldeten. Nach der Satzung der IG Metall haben ausschließlich streikende und »heiß« ausgesperrte Beschäftigte Anspruch auf Streikunterstützung, nicht aber die »kalt« Ausgesperrten. Dies führte dazu, dass die »kalt« ausgesperrten Beschäftigten ohne jede finanzielle Unterstützung dastanden. Es kam 1984 zu heftigen Protesten gegen die Bundesregierung und den »Franke-Erlass« der BfA. Es gab aber auch Kritik an der IG Metall, weil viele Mitglieder nicht einsahen, warum »kalt ausgesperrte« Mitglieder keinen Anspruch auf Unterstützung haben.

In Hannover waren überwiegend 11.000 Beschäftigten von Volkswagen von der kalten Aussperrung betroffen. Walter Fabian, erinnert sich: »Für die Himmelfahrtswoche waren wegen der Teileknappheit zwischen Betriebsrat und Unternehmen drei Tage festgesetzter Tarifurlaub gelegt worden. Doch das Unternehmen hatte gar nicht vor, am darauffolgenden Montag, dem 4. Juni, wieder die Arbeit aufzunehmen. Aus dem Fernsehen erfuhr ich, dass wir zu Hause bleiben sollten. Volkswagen wollte offensichtlich keine wütenden Arbeiter

innerhalb seiner Werkstore. Mindestens zweidrittel der Beschäftigten, alle produktionsnahen Bereiche, waren betroffen. Mit etwa 200 Kolleginnen und Kollegen standen wir, morgens um 5:30 Uhr dennoch vor dem Werkstor. Wir waren unglaublich sauer und fühlten uns ausgetrickst. Andere machten sich auf ihre Weise Luft. Bei der IG Metall und beim Betriebsrat standen die Telefone nicht mehr still. Die Hypotheken drückten. Vor allem die Frauen meiner Kollegen forderten nun Streikunterstützung von der IG Metall oder den Arbeitseinsatz ihres Mannes. Diese Defensive wurde erst am 14. Juni durchbrochen. Die IG Metall lud alle Betroffenen auf den VW-Parkplatz ein. Dort unterschrieben wir ein vorgefertigtes Formular zur Wahrung unseres individuellen Rechtsanspruches auf Kurzarbeitergeld. Anschließend marschierten wir mit mehreren Tausend zu einer Protestkundgebung auf den Steintorplatz. Das fühlte sich richtig gut an. Erst nach vier Wochen, am 2. Juli, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.«¹¹ Volkswagen bot in Absprache mit dem Betriebsrat den kalt ausgesperrten Kollegen die Auszahlung eines Vorschusses für den Monat Juni in Höhe von 2/3 des Nettoverdienstes an, so dass akute Notlagen vermieden werden konnten.¹²

Da der »Franke Erlass« für rechtswidrig erklärt wurde, brachte die Bundesregierung unter Helmut Kohl 1986 eine gesetzliche Änderung des § 116 AFG auf den Weg, der die Zahlung von Kurzarbeitergeld für kalt Ausgesperrte untersagte. Gegen diesen Gesetzentwurf startete zunächst die IG Metall und später alle DGB-Gewerkschaften massive Protestaktionen und Arbeitsniederlegungen: In Hannover am 6. und 10. Dezember 1985 sowie am 4. Februar und 6. März 1986 als auch lokale Protestveranstaltungen in vier Stadtteilen. Bundesweit beteiligten sich über eine Million Gewerkschaftsmitglieder am 6. März 1986 an diesen Protesten. Das Arbeitnehmersvotum des DGB und aller Einzelgewerkschaften für das Streikrecht und gegen die Änderung des § 116 AFG unterschrieben über sieben Millionen Kolleginnen und Kollegen. Die Änderung des »Streikparagraphen 116 AFG« wurde als massive Einschränkung des Streikrechtes aller Gewerkschaften gewertet.

Trotz aller Proteste verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von CDU und FDP die Änderung des § 116 AFG. Die von IG Metall, der SPD-Bundestagsfraktion und den Länder Bremen und NRW eingelegte Klage wurde am 4. Juli 1995 vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen. Die IG Metall sieht sich seitdem veranlasst, bei der Planung eines Streiks die Fernwirkung möglichst gering und zeitlich befristet zu halten, was ihre Druckmöglichkeiten während eines Arbeitskampfes bis heute deutlich einschränkt. Der § 116 AFG gilt bis heute, neu zugeordnet als § 160 des 3. Sozialgesetzbuches (SGB III).

Situation in den Betrieben

Noch 1983 waren nach Volkswagen die Hanomag und Telefunken der zweitgrößte bzw. drittgrößte Betrieb der IG Metall Hannover. In der Zeit von 1983 bis 1989 kam es in beiden Betrieben zu einem dramatischen Arbeitsplatzabbau.

Schrittweise Schließung von Telefunken

¹¹ Zeitzeugengespräch mit Walter Fabian

¹² Schreiben der Volkswagen AG an die Beschäftigten vom 8. Juni 1984, Archiv von Walter Fabian

Schon 1979 wurde bei Telefunken das Werk II in Bornum geschlossen. Von 1978 bis 1981 verringert sich die Zahl der Arbeitsplätze bei Telefunken von 4.803 auf 2.733 Beschäftigte (siehe hierzu auch S. XXX). Am 8. März 1983 wird Telefunken »über Nacht« vom AEG-Telefunken Konzern an den französischen Konzern Thomson-Brandt verkauft. Danach begann ein weiterer drastischer Arbeitsplatzabbau, der von mehreren Protestveranstaltungen und Sozialplänen begleitet wurde. Im Oktober 1984 trat der Vorstandsvorsitzende von Telefunken Stoffels und der gesamte Vorstand aus Protest gegen die Politik von Thomson-Brandt zurück. Der Thomsen-Brand-Konzern kaufte mehrere deutsche Unternehmen der Unterhaltungselektronik auf und schuf eigene Strukturen. Telefunken in Hannover gehörte dann zur neugegründeten NEWEK GmbH und ab 1. Juli 1987 zur EWD GmbH (EWD=Elektronikwerke Nord). Anschließend wurden systematisch Werke geschlossen und die Produktion nach Fernost verlagert.

Belegschaft, Betriebsrat, Vertrauensleute und IG Metall wehrten sich mehrere Jahre lang aktiv und mit Aktionen gegen den Niedergang, konnten ihn letztlich aber nicht verhindern. Bei mehreren Demonstrationen um den Ricklinger Kreisel – dem »Telefunkenkreisel« – zeigten sie ihr legendäres Transparent »Telefunken darf nicht sterben«.

1990 verblieben ca. 250 Beschäftigte im Kunststoffwerk, das dann wenig später ebenfalls geschlossen wurde. Heute erinnert nur noch das blaue Verwaltungshochhaus am Ricklinger Kreisel an diese Zeit. Innerhalb von 12 Jahren wurden bei Telefunken in Hannover über 4.500 Arbeitsplätze vernichtet.

Konkurs der Hanomag

Auch beim hannoverschen Traditionsbetrieb Hanomag kam es zu dramatischen Ereignissen und einem drastischen Arbeitsplatzabbau.

Hanomag, Teil 3

Die Entwicklung der Hanomag von 1945 bis 1979 ist auf den Seiten XXX und XXX geschildert. 1980 verkaufte Massey Ferguson die Hanomag an einen Unternehmer namens Horst-Dieter Esch. Er wollte sie in einen Konzern namens IBH (Internationale Baumaschinen Holding) integrieren, der der größte Baukonzern der Welt werden sollte. Er verbreitete bei der Belegschaft und in der Öffentlichkeit eine euphorische Aufbruchsstimmung. Alle Beschäftigten erhielten eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 1 DM pro Stunde. Er versprach einen Aufbau der Belegschaft von 2.000 auf 4.500 Beschäftigte. Viele haben ihm geglaubt. Es stellte sich jedoch heraus, dass Esch ein Wirtschaftskrimineller war, der nahezu ohne Eigenkapital mit Scheinaufträgen und gefälschten Rechnungen arbeitete. 1983 musste zunächst die IBH-Holding und dann im Februar 1984 die Hanomag Konkurs anmelden. Es war einer der größten Fälle von Wirtschaftskriminalität in Deutschland. Der Spiegel titelte: »Früher hätte man sich erschossen ...«. 2.700 Arbeitsplätze waren akut gefährdet. Es kam zu mehreren Protestaktionen der Belegschaft.

An Esch erinnert sich der damalige Betriebsrat Wolfgang Duda: »Der Esch konnte Menschen begeistern. Darauf sind viele reingefallen – ich auch. Er hatte etliche Produkte, die wir gebaut haben, gar nicht verkauft, sondern in einer großen Sandkuhle abgestellt. In der Hanomag GmbH war ich als Arbeitnehmervertreter Mitglied des Aufsichtsrates. Am Anfang waren alle von ihm überzeugt – auch die Stadt und der Oberbürgermeister Herbert

Schmalstieg. Die Belegschaft und die Manager waren alle von Esch begeistert und haben sich blenden lassen. Der Vorstand der Hanomag GmbH, Wolfgang Freimuth, war auch so ein Strolch. Der Freimuth hat mit dem Betriebsratsvorsitzenden Siegesbert Kassubowski viele Vorabsprachen getroffen, über die nicht immer ausreichend informiert wurde. Freimuth und Kassubowski – das waren Kumpels, die alles im Sinne der Hanomag regeln wollten.«¹³

Am 6. Dezember 1983 demonstrierte die Belegschaft vor der Staatskanzlei von Ministerpräsident Ernst Albrecht. Schließlich wurden alle Beschäftigten entlassen. Die Arbeitsagentur richtete auf dem Werksgelände Büros ein, wo die Beschäftigten sich arbeitslos melden konnten. Vom 29. Februar bis 4. März blockierten Beschäftigte die Tore, um den Abtransport von Vormaterial zu verhindern.

Im März 1984 wurde Esch verhaftet und später zu 6 1/2 Jahren Haft verurteilt. Nach einer Haftzeit von vier Jahren kam er frei und gründete in den USA eine Agentur für Models. In einer NDR-Reportage aus dem Jahr 2017 sieht man ihn im Gespräch mit einem gewissen Donald Trump.¹⁴

Im April 1984 gründeten die Hannoveraner Unternehmer Günter Papenburg sowie Alfred und Helmut Gassmann eine Auffanggesellschaft – die Hanomag Baumaschinen und Vertrieb GmbH, die später in eine AG umgewandelt wird. Geschäftsführer wurde Wolfgang Freimuth. Die Firma schrieb alle ehemaligen Hanomag-Beschäftigten an und machte ihnen ein Angebot zur Einstellung. Es gab ein brutales Einstellungskriterium: Die Beschäftigten durften in der letzten Zeit keine krankheitsbedingten Fehlzeiten gehabt haben. Freimuth träumte von einer olympiareifen Mannschaft, wie er es ungeniert in eine laufende Kamera formulierte.¹⁵ Etliche der ehemaligen Beschäftigten fanden so wieder einen Arbeitsplatz.

1989 übernimmt der japanische Baumaschinenkonzern Komatsu die Mehrheit der Aktien. Die Firma Komatsu Hanomag AG wird 1995 in den Komatsu Konzern eingegliedert. Hauptprodukte sind Radlader und Mobilbagger. Im Jahr 2019 wird in Hannover ein neues europäisches Ingenieur- und Entwicklungszentrum eröffnet. Von ehemals 14.000 Beschäftigten im Jahr 1965 blieben über 700 Arbeitsplätze übrig. Im Jahr 2020 hat die Komatsu Germany GmbH in Hannover 735 Beschäftigte.

Das Unternehmen »Hanomag Lohnhärterei GmbH « in Garbsen wurde 1986 ausgegliedert, verkauft und ist das einzige Unternehmen, das heute noch den Namen »Hanomag« im Firmennamen trägt.

Heidi Pape¹⁶

* 9. März 1954 in Celle

Jugendvertreterin und Betriebsratsmitglied bei Hanomag

Heidi Pape absolvierte nach der mittleren Reife eine Ausbildung als »Landwirtschaftliche Hauswirtschaftsgehilfin«. Sie suchte nach anderen Berufsperspektiven und begann 1973 bei der Hanomag eine Ausbildung zur Industriekauffrau, wobei der Ausbildungsberuf damals noch Industriekaufmann hieß. Durch den Jugendvertreter Uli Petri wurde sie angesprochen

¹³ Zeitzeugengespräch mit Wolfgang Duda

¹⁴ Hanomag – Aufstieg und Fall einer Legende. Fernsehreportage des NDR vom 13.12.2017; abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=QGkTMPS9VsY>.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Zeitzeugengespräch mit Heidi Pape

und trat am 1. Juni 1973 in die IG Metall ein. Sie schildert: »Er hat mir vorgeschlagen, dass man sich locker in der Betriebsjugendgruppe der IG Metall treffen könne. Ich bin dann ganz schnell auch Sprecherin der Betriebsjugendgruppe geworden. Im Jugendbereich wurde ich zur Vertrauensfrau der IG Metall gewählt. Ich wurde dann in die Jugendvertretung gewählt und war von 1975 bis 1978 Vorsitzende der Jugendvertretung.«

In der Zeit hatte die Hanomag nur noch ca. 3.200 Beschäftigte. Da die Belegschaft schon damals zu über 90% in der IG Metall organisiert war, prägte die Hanomag auch die IG Metall in Hannover. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Belegschaft gab es auch noch Mitte der 1970er Jahre. Heidi erinnert sich: »Auch damals waren die Beschäftigten alle stolz darauf, bei Hanomag zu arbeiten. Sie sagten: Ich bin ›Hanomager‹. Es war schon ein bisschen wie eine Familie.«

Heidi erinnert sich weiter: »Als Sprecherin der Jugendvertretung konnte ich an den Betriebsratssitzungen teilnehmen und habe dort den Betriebsratsvorsitzenden Siegesbert Kassubowski erlebt. Zum damaligen Zeitpunkt hatte er einen guten und geordneten Auftritt und konnte gut argumentieren; er war ein charismatischer Kollege. Damals hatte ich alle Hochachtung vor ihm.« Nach Abschluss der Ausbildung war Heidi in der Abteilung Rechnungswesen tätig. 1978 wurde Heidi zur Vertrauensfrau im Angestelltenbereich gewählt und kandidierte in diesem Jahr das erste Mal zur Betriebsratswahl. Bei der Wahl erreichte sie dann die zweitmeisten Stimmen, nur knapp hinter Siegesbert Kassubowski und weit vor gestandenen Betriebsratsmitglieder wie Heinz Dietrich oder Walter Zarnikow. Nicht alle waren über Heidis Wahlerfolg begeistert.

1980 wurde die Hanomag von dem Unternehmer Horst-Dieter Esch gekauft. Die Insolvenz der Muttergesellschaft IBH und der Hanomag in 1983/1984 kam überraschend. Heidi: »Am Jahresende 1983 wurde von Esch mitgeteilt, dass es wirtschaftlich nicht gut aussehe, aber niemand von uns hat mit einer Insolvenz gerechnet. Ich wurde sofort gekündigt. Der Insolvenzverwalter, Egon Kretschmer, kam in Begleitung von zwei Männern an meinen Arbeitsplatz und sagte: ›Ich fordere sie auf, innerhalb einer Stunde den Betrieb zu verlassen. Ich mache von meinem Sonderfreistellungsrecht Gebrauch. Suchen sie ihre persönlichen Sachen zusammen. Diese beiden Herren werden sie zum Werkstor begleiten.« Ich war das einzige Betriebsratsmitglied, mit dem er das gemacht hat. Hintergrund für den Rauswurf dürfte gewesen sein, dass ich wenige Tage zuvor mit einigen Kollegen diskutiert hatte, ob wir eine Betriebsbesetzung machen sollten, um zu verhindern, dass Maschinen und Material aus dem Betrieb geholt würden. Es gibt Fotos von mir, wie ich vor dem Tor 3 stehe und ein Transparent erstellte mit der Aufschrift ›Dieser Betrieb ist besetzt‹. Siegesbert Kassubowski und andere Betriebsratsmitglieder haben dazu aufgerufen, sich nicht an dieser Aktion zu beteiligen. Es war enttäuschend, dass die Mehrheit im Betriebsrat mich nicht geschützt hat. Es war auch enttäuschend, dass der Betriebsbetreuer und zweite Bevollmächtigte der IG Metall, Hans Berkentin, mir nicht geholfen hat.«

Nach ihrem Rauswurf stand Heidi Pape arbeitslos auf der Straße. Sie absolvierte Ausbildungen als Organisationsprogrammiererin und als »Fachkauffrau Organisation« und leitete anschließend in einem Mittelbetrieb außerhalb Hannovers die Abteilung Controlling und EDV. 1989 ging sie in Elternzeit, von 1991 bis 2009 pflegte sie ihre kranken Eltern und arbeitete parallel im Direktvertrieb der Firma Tupperware. Von 2009 bis zu ihrem Renteneintritt 2019 arbeitete sie als Verwaltungsangestellte bei der IG Metall Hannover.

Im Jahr 1983 kommt es in einem weiteren Hannoverschen Großbetrieb zu einem großen Konflikt: Der VAW-Leichtmetall in Ricklingen, der heutigen Arconic Extrusion GmbH.

VAW-Leichtmetall, heute Arconic Extrusion GmbH

Wer in Hannover Ricklingen die Göttinger Chaussee entlang fährt, sieht dort das Eingangsgebäude der Arconic Extrusion GmbH. Die Vorgängerfirma war als VAW-Leichtmetall bekannter; VAW steht für Vereinigte Aluminium Werke. Der Betrieb hatte in der Spitze 2.400 Beschäftigte und noch Mitte der 1980er Jahre ca. 1.200 Beschäftigte, die zu über 90% in der IG Metall organisiert waren. Heute befindet sich auf dem Gelände die Arconic Extrusion GmbH mit rund 200 Beschäftigten und die Leichtmetall Aluminium Gießerei GmbH mit ca. 40 Beschäftigten.

VAW wurde 1917 gegründet. Während des Zweiten Weltkrieges wurden Rüstungsgüter produziert, teilweise durch den unmenschlichen Einsatz von Zwangsarbeitern. 1947 wurde das bei Linden gelegene Werk auf Befehl der Britischen Militärregierung teilweise demontiert. Nach anfänglich größten Schwierigkeiten konnte das verbliebene Werk jedoch schon Mitte der 1950er Jahre internationale Märkte beliefern.

Im Jahr des 50-jährigen Bestehens traten die hannoverschen Aluminiumwerke als Zulieferer für den Flugzeug- und den Schiffbau auf, aber auch für die Camping-Industrie sowie die Bundeswehr. Mit rund 1.200 Beschäftigten und einem Marktanteil von etwa 25% stellte der Standort in Hannover seinerzeit das größte Aluminium-Halbzeug-Werk dar. Doch schon vier Jahre später begann der Niedergang des inzwischen in staatlichem Besitz befindlichen Unternehmens – mit der Folge betriebsbedingter Kündigungen. Zu Beginn der 1990er Jahre gesellte sich zu konjunkturellen Problemen auf den internationalen Exportmärkten ein Rückgang der Aufträge durch die Rüstungsindustrie. Es kam zu zahlreichen Aufspaltungen und Schließungen bei ständig wechselnden Eigentümern. Die staatseigene VIAG verkaufte relevante Teile an den norwegischen Konzern Norsk Hydro, später kamen die Werke zum kanadischen Konzern Alcoa und sind nach einer Aufspaltung bis heute Teil des US-amerikanischen Arconic Konzerns. Betriebsratsvorsitzender ist heute Arne Wlotzka.

Im Konflikt um Entlohnungsfragen im Jahr 1983 behauptete die Geschäftsführung, die Eingruppierung aller Beschäftigten sei zu hoch und überschreite die Kriterien des Manteltarifvertrages. Die Werkleitung kündigte an, durch neue Richtbeispiele die Eingruppierung zu überprüfen, was für die Mehrheit der Beschäftigten zu Abgruppierungen geführt hätte – mit einem monatlichen Verlust in Höhe von ca. 500 DM. Daraufhin kam es am 1. September 1983 morgens zu einer Protestaktion der Belegschaft während der Arbeitszeit: über 600 Beschäftigte legten die Arbeit nieder. Um 16 Uhr sprach die Werkleitung 16 fristlose Kündigungen wegen Beteiligung an der Arbeitsniederlegung aus. Nach telefonischen Verhandlungen mit der IG Metall wurden die Kündigungen zurückgenommen. Daraufhin forderte der Betriebsrat die Beschäftigten zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Umso erstaunlicher war, dass die Werkleitung am 9. September u.a. Folgendes verkündete: Fristlose Kündigung der Betriebsratsmitglieder Hans Kuck und Wolfgang Minninger und Amtsenthebungsantrag gegen acht weitere Betriebsratsmitglieder. Strafversetzung von sechs Angestellten, die sich beteiligt hatten.

Darüber hinaus sollten die ca. 600 Beschäftigten, die sich an der Aktion beteiligt hatten, Abmahnungen und Androhungen von Schadensersatzforderungen erhalten.

Der Betriebsrat widersprach einstimmig den geplanten Kündigungen der beiden Betriebsratsmitglieder. Während der arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung, kam es in Hannover zu mehreren Protestkundgebungen und Demonstrationen, zu der IG Metall und DGB aufrufen hatten. Es sprachen für die IG Metall Claus Wagner und das Vorstandsmitglied Hans Janßen aus Frankfurt am Main. Am 2. September 1983 wurde auf dem Ricklinger Markt eine öffentliche Vertrauensleutesitzung durchgeführt. Am Abend des 15. September organisierte die IG Metall einen Fackelzug von der Hanomag zum Ricklinger Markt. Am 6. Oktober erschien in der Hannoverschen Neuen Presse eine große Zeitungsanzeige zur Solidarität mit der Belegschaft bei VAW-Leichtmetall. Am 8. Oktober 1983 begann der Prozess beim Arbeitsgericht. Ein Vergleichsvorschlag des Arbeitsgerichts wurde vom Konzernvorstand abgelehnt.

Anfang November 1983 wurde der Konflikt durch die Vereinbarung eines siebenseitigen Verhandlungsergebnisses zwischen Betriebsrat und Werkleitung beigelegt. Die wichtigsten Eckpunkte waren:

- Rücknahme der Kündigungen der Betriebsratsmitglieder Hans Kuck und Wolfgang Minninger, des Ausschlussantrages für weitere acht Betriebsratsmitglieder und der Strafversetzung von sechs Angestellten.
- Im Gegenzug nehmen die Betriebsratsmitglieder die Abmahnung an und verzichten auf Rechtsmittel.
- Die Geschäftsleitung verzichtet auf Schadensersatzansprüche.
- Verhandlungen von neuen Richtbeispielen für die Eingruppierung in einer paritätischen Kommission. Etwaige negative Differenzbeträge werden als übertarifliche Zulage ausgewiesen und mit je 50% der nächsten Tarifierhöhungen verrechnet.

Damit hatten sich die Belegschaft, der Betriebsrat und die IG Metall durchgesetzt. Hilfreich für diesen Kompromiss war sicherlich auch die breite Welle der Solidarität aus vielen Hannoveraner Betrieben.

Hans Kuck¹⁷

*4. November 1930 in Hannover; † 16. September 1997 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender VAW-Leichtmetall

Hans Kuck besuchte von 1937 bis 1945 die Volksschule, absolviert aber keine Berufsausbildung. 1950 fängt er bei VAW-Leichtmetall in Hannover in der Oberflächenbearbeitung als Beizer an. Hier tritt er auch 1950 in die IG Metall ein. In den 1960er Jahren wird er zum Vertrauensmann der IG Metall gewählt. 1968 wird er Mitglied der SPD. In den 1970er Jahren wird er erstmals in den Betriebsrat gewählt. Von 1973 bis 1989 ist er Betriebsratsvorsitzender. Er ist in dieser Zeit Mitglied des Aufsichtsrats des Mutterkonzerns VIAG. Er ist viele Jahre Mitglied des Ortsvorstandes der IG Metall Hannover, Mitglied der Bezirkskommission und im Jahr 1977 Delegierter beim Gewerkschaftstag der IG Metall. Im Jahr 1983 wird er vom Unternehmen als Betriebsratsmitglied zusammen mit

¹⁷ Gespräch mit seinem Sohn Norbert Kuck und diverse Dokumente der IG Metall

seinem Kollegen Wolfgang Minninger gekündigt. Das Unternehmen bezeichnet sie als »Rädelsführer« einer inoffiziellen Arbeitsniederlegung in einem Entlohnungskonflikt. Zahlreiche Solidaritätsaktionen der IG Metall geben ihnen Rückhalt. Schließlich weist das Arbeitsgericht Hannover die Kündigung zurück. 1989 geht er in den Vorruhestand, arbeitet aber weiter ehrenamtlich als Referent bei IG Metall-Seminaren. So führt er beispielsweise ab 1990 Seminare für neu gewählte Betriebsratsmitglieder in Sachsen-Anhalt durch. 1997 verstirbt er in Hannover. Bei der Beerdigung bezeichnet ihn Dieter Dicke als »wahren Sozialisten«. Sein Sohn, Norbert Kuck, arbeitete ab 1990 als Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Hannover und später ab 2008 als Bezirkssekretär in der Bezirksleitung Hannover.

Wolfgang Minninger¹⁸

* 23. Dezember 1937 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender VAW-Leichtmetall

Wolfgang Minninger besuchte in Hannover von 1943 bis 1952 die Volksschule. Danach begann er eine Ausbildung als Maschinenschlosser bei der VAW-Leichtmetall. 1952 wurde er Mitglied der IG Metall. Er arbeitete nach der Ausbildung in seinem Beruf in der Wartungs- und Reparaturabteilung. 1969 fragte ihn der damalige Betriebsratsvorsitzende Bruno Orczykowski (vgl. S. XXX), ob er im IG Metall-Vertrauenskörper mitarbeiten wolle. Wolfgang erinnert sich in einem Gespräch mit Gundolf Algermissen: »Da ich sehr viel in meiner Arbeit als ›Schrauber‹ unterwegs war, kannten mich viele Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Betriebsteilen. Man wusste um meine Einstellung als Gewerkschafter, aber auch mit meinen politischen Einschätzungen hielt ich ab und zu nicht ›hinter dem Berg‹. ... 1972 wurde ich – wie anschließend fast immer – mit den meisten abgegebenen Stimmen in den Betriebsratswahlen in das Gremium gewählt. Wenige Wochen nach der Konstituierung des Betriebsratsgremiums wurde ich als freigestelltes Mitglied gewählt. Damit hatte ich eine von drei betrieblichen Freistellungen, wir waren ein 15-köpfiger Betriebsrat. In meiner Freistellung hatte ich die Zuständigkeit für die Bereiche Lohn und Gehalt, weiterhin habe ich im Wirtschaftsausschuss und Personalausschuss als ordentliches Mitglied mitgearbeitet.«

In der Zwischenzeit absolvierte Wolfgang eine Weiterbildung zum Personalkaufmann und besuchte Vorlesungen im Bereich Arbeitswissenschaft an der Uni Hannover. 1978 wurde er als Arbeitnehmervertreter in die Muttergesellschaft der VAW-Leichtmetall gewählt – der bundeseigenen VIAG (Vereinigte Industrie-Unternehmen AG). Von 1989 bis 1997 war Wolfgang Minninger Betriebsratsvorsitzender der VAW. Heute lebt er in Hannover.

Rolf Hehnen¹⁹

* 17. September 1952 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender VAW-Leichtmetall

¹⁸ Das Kurzportrait entstand auf der Grundlage von Zeitzeugengesprächen im Jahr 2008 durch Gundolf Algermissen; vgl. <https://niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de/dgb-bezirk/rckblick/arbeitergeschichte/arbeitsbiografien>

¹⁹ Zeitzeugengespräch mit Rolf Hehnen

Rolf Hehnen wurde in einem kommunistischen Elternhaus geboren und begann nach der Schule eine Ausbildung zum Autoschlosser bei der FIAT-Bilstein in Hannover Linden. Am ersten Arbeitstag trat er in die IG Metall ein. Rolf erinnert sich: »Ich wurde in der Zeit auch Mitglied der sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Am Ende der 3,5-jährigen Ausbildung kommt es zum Konflikt. Ich bin zwischen schriftlicher und mündlicher Prüfung entlassen worden. Grund war ein Aufkleber der SDAJ, den ich auf meine Stempelkarte geklebt hatte: ›Brauchst du 'nen billigen Arbeitsmann, schaff' dir einen Lehrling an!‹ Er fand nach der Ausbildung Arbeit bei der Firma Rüterbau in Langenhagen.

Danach fing er bei der VAW-Leichtmetall an. Rolf erinnert sich: »Bei einem Weg über den Pausenhof traf mich der damalige Betriebsratsvorsitzende Bruno Orczykowski. Er kannte meinen Vater aus gemeinsamer politischer Vergangenheit und fragte mich, ob ich nicht Jugendvertreter werden wolle. Das hörte sich ganz gut an und so kandidierte ich dann auch. Inzwischen war ich in die Schlosserei gewechselt, kam im Betrieb viel rum und so wurde ich auch gewählt. Ich wurde auch gleich zum Vorsitzenden der Jugendvertretung gewählt und ein halbes Jahr später auch zum Vorsitzenden der Gesamtjugendvertretung für 13 Werke in Deutschland. Dann bekam ich einen Anruf von Reinhard Schwitzer, um Mitglied im Ortsjugendausschuss (OJA) zu werden. Das muss so 1973/74 gewesen sein. ... Im OJA wurde ich dann zum Vorsitzenden gewählt und habe Werner Dziony abgelöst, der altersbedingt in die ›Erwachsenenarbeit‹ wechselte. Meine Stellvertreterin war Marita Weber. Bei der Betriebsratswahl 1975 kandidierte ich dann für den Betriebsrat und wurde auch gewählt.« 1998 wurde Rolf Betriebsratsvorsitzender der VAW-Leichtmetall.

Rolf: »Parteilpolitisch hat es keine Aktivitäten bei der VAW gegeben; die Mehrzahl der Betriebsratsmitglieder war SPD-orientiert, ohne damit aktiv im Betrieb aufzutreten – das hielt ich als aktives DKP-Mitglied bis zu meinem Austritt auch so. Der Austritt aus der Partei folgte der Überzeugung der Aussichtslosigkeit; das hat meine politische Überzeugung aber in keiner Weise beeinträchtigt. Der Austritt erfolgte bereits zwei Jahre vor Grenzöffnung.«²⁰ 2014 schied Rolf Hehnen altersbedingt bei der VAW aus und lebt heute in Hannover.

Wer heute von der Autobahn A2 abbiegt, sieht auf der rechten Seite – etwas verdeckt das Verwaltungsgebäude von Clarios, der ehemaligen VARTA.

Clarios Germany, früher VARTA, davor AFA

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war die Akkumulatorenfabrik AFA, die dem Unternehmer Günter Quandt gehörte, nur unwesentlich zerstört. Der Betrieb wurde durch die britische Armee besetzt, die dort Batterien für ihre Fahrzeuge herstellen ließ. Günter Quandt wurde bei der sogenannten Entnazifizierung als Mitläufer eingestuft, wurde 1954 wieder Vorstandsvorsitzender der AFA. Sein erster Sohn Herbert Quandt wurde Vorstandsvorsitzender und sein zweiter Sohn Harald Quandt stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender.²¹

²¹ Scholtzseck, Johannes (2011): Der Aufstieg der Quandts – Eine deutsche Unternehmersdynastie, München

Es erfolgt in den nächsten Jahren ein schrittweiser Aufbau der Belegschaft. Im Jahr 1959 waren im Werk schon wieder ca. 2.000 Menschen beschäftigt. Die gewerkschaftliche Zuordnung des Betriebes war bis 1948 unklar. Einerseits war die AFA Mitglied im Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e.V., die Belegschaft aber in der IG Chemie organisiert. Etwa 1948 traten die Gewerkschaftsmitglieder zur IG Metall über. Dort wurde der Betrieb häufig »Akku« oder »Accu« genannt. Erster Betriebsratsvorsitzender war Fritz Maiwald, der auch in der KPD aktiv war (siehe hierzu S. XXX). Ihm folgten Adolf Borsum und danach Valentin »Bubi« Orth. 1987 wurde Ronald Grasmе Betriebsratsvorsitzender; langjähriger VK-Leiter war Jürgen »Wunni« Wunnenberg. Im Jahr 2008 wurde Andreas Scherer als Betriebsratsvorsitzender und Monika Nordmeyer als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

1962 wurde die AFA umbenannt in VARTA AG. Varta steht für »Vertrieb, Aufladung, Reparatur transportabler Akkumulatoren«. 1977 kam es zu einer Vermögensteilung zwischen den einzelnen Zweigen der Familie Quandt. Die zweite Frau von Herbert Quandt, Lieselotte Blobelt, und ihre Kinder Sonja, Sabina und Sven erhielten u.a. die VARTA AG. Zwei Quandt-Kinder waren im Aufsichtsrat der VARTA AG vertreten, der nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 zur Hälfte mit Arbeitnehmervertretern besetzt war. Über die Zeit Anfang der 1970er Jahre berichtet der ehemalige VK-Leiter Jürgen Wunnenberg: »Es gab insgesamt 50 Vertrauensleute bei einer Belegschaft von ca. 2.200 Beschäftigten. Der Organisationsgrad in der IG Metall lag bei den Arbeitern über 80%, bei den Angestellten bei etwa 50%.«

Ab etwa 1998 begann ein dramatischer, schrittweiser Arbeitsplatzabbau im Hannoveraner Werk der VARTA. Von ca. 2.000 Arbeitsplätzen blieben bis 2008 ca. 1.000 Arbeitsplätze erhalten. Dazu der langjährige Betriebsratsvorsitzende Ronald Grasmе: »Dies lag vorrangig an der massiven Automatisierung der Produktionsprozesse. An Bändern, wo früher 40 Beschäftigte arbeiteten, waren nur noch zwei erforderlich. Nach 1990 kamen wir mit den Standorten in Billiglohnländern in einen Bench-Mark-Prozess. Es war ein knallharter Wettbewerb zwischen den Standorten, wo die Batterien am billigsten gefertigt werden konnten. In dieser Zeit wurden in Deutschland mehrere Werke von VARTA geschlossen. Die Produktion wurde dann auf die anderen Werke verteilt, je nachdem wo die Batterien am kostengünstigsten gebaut werden konnten. Wir haben gesehen: Wenn wir keine Investitionen kriegen, sind wir im Eimer. Wir brauchten neue Maschinen und neue Prozesse, um den Standort in Hannover halten zu können. Früher wurden mit 2.000 Beschäftigten zwei Millionen Batterien pro Jahr gebaut. Heute werden ja in Hannover mit 1.000 Beschäftigten zehn Millionen Batterien gefertigt. Wir haben bei diesem Prozess des Arbeitsplatzabbaus durchsetzen können, dass er zum größten Teil ohne betriebsbedingte Kündigungen vonstattenging. Im Rahmen von Sozialplänen wurde die Möglichkeit von Aufhebungsverträgen geregelt.«

Ende 2000 übernimmt die Deutsche Bank Invest die Mehrheit der Aktien und die Familie Quandt behält lediglich 25,1% der Anteile. 2002 übernimmt der amerikanische Autozulieferer Johnson Controls die VARTA und investiert massiv in das Werk Hannover. Im Jahre 2019 verkaufte Johnson Controls die Sparte Power Solutions an Brookfield Business Partners, womit Clarios gegründet wurde.

Ronald Grasme²²

* 5. Juli 1951 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender bei VARTA, heute Clarios

Ronald Grasme begann nach der Schulausbildung 1967 bei der VARTA AG in Hannover eine Ausbildung als Starkstromelektriker und trat 1968 in die IG Metall ein. Nach der Bundeswehr hat er bei VARTA als Betriebselektriker gearbeitet.

1978 hat er das erste Mal bei einer Betriebsratswahl kandidiert und ist auch gleich gewählt worden. 1984 wurde er freigestelltes Betriebsratsmitglied. Ronald: »Wir hatten bei VARTA bei den Betriebsratswahlen immer eine Personenwahl. Bei der Betriebsratswahl 1984 hatte ich die meisten Stimmen. Mit dem Betriebsratsvorsitzenden Valentin ›Bubi‹ Orth habe ich mich geeinigt, dass er noch drei Jahre Vorsitzender bleibt und ich als freigestelltes Betriebsratsmitglied arbeite. 1987 schied Bubi Orth aus und ich wurde Betriebsratsvorsitzender, was ich bis zu meinen Ausscheiden im Jahre 2008 blieb.«

Zur Arbeitsplatzsituation erinnert sich Ronald: »Vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Konkurrenz mit Standorten in Billiglohnländern war es einer unserer größten Erfolge, dass wir es geschafft haben, dass in Hannover weiter Batterien gebaut werden, und zwar zu guten Tarifbedingungen. Dazu gab es Null-Fehler-Programme. Wir haben als Betriebsrat auch darauf geachtet, dass die Produktion effektiv lief, und haben auf Innovationen gedrängt. Nur so war es im harten Wettbewerb möglich, möglichst viele Arbeitsplätze in Hannover zu halten. Bei notwendigen Sozialplänen haben wir Wert daraufgelegt, dass die Älteren mit guten Abfindungen ausscheiden konnten, und die Jüngeren eine Perspektive für einen sicheren Arbeitsplatz hatten. Wir haben darauf gedrungen, dass die Auszubildenden übernommen werden, auch wenn Personalabbau anstand.« Ronald war Mitglied in mehreren Aufsichtsräten des VARTA Konzerns. Er hat regelmäßig Seminare der IG Metall besucht, vor Ort, aber auch an den zentralen IG Metall-Bildungsstätten. Dazu Ronald: »Durch den Besuch von Seminaren der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit habe ich mich systematisch auf die Rolle des Betriebsratsvorsitzenden vorbereitet. Wenn man mit den Managern, die alle studiert hatten, an einem Tisch verhandeln will, dann muss du zusehen, dass du dich entsprechend qualifiziert, um denen Paroli zu bieten.« Im Jahr 2008 schied Ronald bei der VARTA aus; er war über 20 Jahre Betriebsratsvorsitzender gewesen. Heute lebt er in Travemünde an der Ostsee.

Jürgen Wunnenberg²³

* 1. Juli 1938 in Devese bei Hannover

VK-Leiter und Betriebsratsmitglied bei VARTA, heute Clarios

Jürgen Wunnenberg wurde 1946 eingeschult. Es waren 80 Kinder in einem Klassenraum vom 1. bis zum 8. Schuljahr. Jeweils zwei Schüler mussten sich ein Schulbuch teilen. Jürgen erinnert sich: »1953 war für mich Schulschluss. Ich habe dann bei der Firma Schörling in

²² Zeitzeugengespräch mit Ronald Grasme

²³ Zeitzeugengespräch mit Jürgen Wunnenberg

Hannover eine Lehrstelle als Maschinenschlosser bekommen. Während der Lehre habe ich aber alle möglichen Arbeiten ausüben müssen, die ausbildungsfremd waren: Steinplatten verlegen, Malerarbeiten, Tischlerarbeiten usw.« Mit Beginn der Lehre tritt er in die IG Metall ein. Nach Abschluss der Lehre arbeitet er bei verschiedenen hannoverschen Firmen und qualifiziert sich an der Abendschule als Techniker. 1966 fängt er als Techniker in der Entwicklungskonstruktion bei Varta an. Er war im Bereich Konstruktion Formenbau tätig. Jürgen wurde zunächst Vertrauensmann der IG Metall, später als Nachfolger von Gerd Ludwig VK-Leiter. Ende der 1970er Jahre wird er erstmals in den Betriebsrat gewählt, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und freigestellt.

Die Belegschaft von Varta gehörte ab 1981 immer zu den ersten Betrieben in der Warnstreikwelle bei einer Tarifrunde – ab 1991 immer auch um 1 Minute nach 24 Uhr – dem Ende der Friedenspflicht. Jürgen erinnert sich: »Beim Warnstreik gingen wir vors Werkstor und ich als VK-Leiter vorneweg. Der oberste Personalleiter beobachtete das aus dem Fenster und rief mich anschließend zu sich. Er fragte, ob es den notwendig sei, dass ich vorneweg marschiere. Da habe ich ihm aber deutlich gesagt: Wie sähe es denn aus, wenn ich als VK-Leiter da nicht vorne mitmarschiere. Das geht gar nicht anders. Wenn ich als VK-Leiter auf meinem Bürostuhl sitzen bliebe, dann hätte ich doch bei ihnen verschissen. So sind das doch klare Verhältnisse.«

Jürgen hat viele zentrale Seminare der IG Metall besucht, insbesondere im Bildungszentrum Bad Orb. Er formuliert: »Heute glauben viele Betriebsratsmitglieder, sie können ihre Arbeit mit ihren Ellenbogen und ohne Hintergrund machen, aber das ist unmöglich. Mit der Personalleitung sich an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln, wäre ohne gewerkschaftliche Schulung nicht möglich gewesen.« 1998 stieg Jürgen Wunnenberg aus dem Arbeitsleben aus und lebt heute in Hannover.

Im Norden von Hannover im Standteil Brink erinnert heute nur noch die Max-Müller-Straße an einen führenden Werkzeugmaschinen-Hersteller: Die Firma Gildemeister-Max-Müller GmbH, einen echten Hannoveraner Traditionsbetrieb.

Gildemeister – Max Müller GmbH (ehemals Brinker Eisenwerk)

Die Firma wurde 1912 als »Brinker Eisenwerke Max H. Müller GmbH« gegründet. In den Werkzeugmaschinenbau stieg das Unternehmen erst 1948 ein. Unter dem Namen Max Müller Brinker Maschinenfabrik wurden erste Produktionsdrehmaschinen und Sondermaschinen entwickelt und gefertigt. Ab 1957 wurde parallel mit zunehmendem Automatisierungsgrad die Elektropilot – Programmsteuerung entwickelt und in Kleinserien gefertigt. Der damalige Gesellschafter und Geschäftsführer Max Müller spielte damals im Verband der Metallindustriellen Niedersachsens eine entscheidende Rolle und war dort von 1959 bis 1971 Vorsitzender.

Anfang der 1960er Jahre wurden die Max-Müller-Schrägbett-Drehmaschinen berühmt und in hoher Stückzahl gefertigt. Später konnten die Maschinen auch mit einer eigenen CNC-Steuerung ausgerüstet werden. Im Jahr 1971 wird die Firma vom Bielefelder Unternehmen Gildemeister aufgekauft und firmiert bis 1993 unter dem Namen »Gildemeister Max

Müller«. In dieser Zeit beschäftigte die Firma über 800 Kolleginnen und Kollegen (Stand: 1981).

Der Organisationsgrad lag in diesem Jahr bei den Arbeitern bei über 90% und bei den Angestellten bei über 30%. Der Betriebsrat und die Vertrauensleute waren gewerkschaftlich sehr aktiv, was an einer Graphik aus einem Flugblatt zur 35-Stunden-Woche zu sehen ist.

Langjährige Betriebsratsvorsitzende waren Franz Herbst, Wolfgang Schmidt und Klaus Grobe. Langjährige VK-Leiter waren Gerd Beerenwinkel und Peter Albert. Dieter Schaefer war von 1980 bis 1992 Mitglied im Betriebsrat und viele Jahre Klaus Grobes Stellvertreter. Ab 1985 ist Gildemeister mit seinen acht Werken und ca. 2.500 Beschäftigten unter Druck geraten. Kostenintensive Produktionsstrukturen, die zunehmende Konkurrenz aus Japan, aber auch technische Fehleinschätzungen und Missmanagement führen zu hektischen, überstürzten und oft falschen Entscheidungen. Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre begann die große Umstrukturierung. Betriebsrat und Belegschaft haben Alternativkonzepte erarbeitet und immer wieder mit Protestaktionen um den Erhalt des Standortes und der Arbeitsplätze gekämpft. Aber nach drei Sozialplänen war nur noch ein Torso der großen Drehmaschinenfabrik übrig. 1991 kam dann der Chefabwickler aus Bielefeld mit der Entscheidung: die Max Müller GmbH wird aufgelöst, aus dem Handelsregister gestrichen und große Teile der Standardmaschinenproduktion nach Bielefeld verlagert! Es war weniger eine wirtschaftliche, sondern eher eine politische Entscheidung zugunsten der Konzernmutter. Am 23. Mai 1991 hat der Aufsichtsrat trotz aller Proteste der »Mülleraner« dem Kahlschlag zugestimmt.

230 Arbeitsplätze gingen verloren. Die zugesagte dreijährige Standortgarantie war für die verbliebenen 220 Kolleginnen und Kollegen der »Max Müller Werkzeugmaschinen GmbH« bereits im April 1992 vorüber. Nun sollten auch die letzten Standardmaschinen nach Bielefeld verlagert werden. Wieder eine Hiobsbotschaft, wieder 140 Arbeitsplätze weg. Ab 1. Januar 1993 beginnt mit einem »Management buy out« durch einen Geschäftsführer aus Bielefeld der unrühmliche Abgang. Die »Max Müller Werkzeugmaschinen GmbH« war mit 80 Beschäftigten nicht mehr überlebensfähig und wird 2003 nach einem Insolvenzverfahren abgewickelt. Gildemeister kooperierte im März 2009 mit dem japanischen Konzern Mori Seiki. 2013 verschwindet der Name Gildemeister. Der Konzern heißt heute DMG Mori; nur das »G« erinnert an Gildemeister.

Klaus Grobe²⁴

* 22. September 1940 in Hameln

Betriebsratsvorsitzender von Gildemeister Max Müller

»Aller guten Dinge sind drei«! Das Verhältnis zwischen Klaus Grobe und der IG Metall ist sozusagen sprichwörtlich. Dazu später mehr. Klaus Grobe wurde am 22. September 1940 in Hameln geboren. In sehr starker Erinnerung sind die mit Angst behafteten Aufenthalte im Luftschutzkeller. Ostern 1947 kam Klaus in die Schule: »War nicht so einfach, die Zeit. Da war nicht nur Schule und dann Spielen, sondern vor allem Pflichten übernehmen.« Die Stadt Hameln wurde vom Krieg weitestgehend verschont. Die Zerstörung durch die alliierten Luftangriffe konnte Klaus aber in Hannover erleben. Bei Verwandtenbesuchen hatte Klaus die zerstörte Stadt gesehen: »1947, das war ein harter Winter – Hannover, es war ja alles

²⁴ Zeitzeugengespräch mit Klaus Grobe

kaputt, stand da unter Wasser, weil die Eder-Talsperre zerstört war. Das war der ›Hungerwinter‹. Wir haben mit einem Handwagen die eingesammelten Ähren und Kartoffeln nach Hause gekarrt, es war hundekalt.«

Nach neun Jahren Volksschule begann Klaus 1956 eine Lehre als Maschinenschlosser bei der Fa. Stephan-Werke in Hameln. »Ich bin dann auch gleich in die IGM eingetreten – das erste Mal. Die IG Metall und ich, das ist eine spannende Geschichte – erzähle ich später«. Nach Ende der Ausbildung hat Klaus zwei Jahre als Geselle gearbeitet. Zuhause wurde es ihm aber zu eng: »Wir hatten dann alle die Idee, wir gehen zur Bundeswehr. Es war aber auch recht früh klar, nach maximal zwölf Jahren ist Schluss.« Noch im Rahmen der Dienstzeit hat Klaus die Technikerschule abgeschlossen und zusätzlich in Dortmund eine Ausbildung als Technischer Betriebswirt erfolgreich beendet.

Während der Ausbildung hat Klaus zum ersten Mal den Namen der Firma »Max Müller« in Hannover gehört. Die Firma hatte damals einen sehr guten Ruf. Seine Bewerbung war erfolgreich und im März 1973 hat er als Disponent angefangen. »Kurz danach bin ich zum Betriebsratsvorsitzenden gegangen und fragte nach einem IG Metall-Beitrittsformular. Der Franz Herbst war völlig verdattert, ein Angestellter der freiwillig nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft fragte. Meine Mitgliedschaft als Lehrling war ja auf dubiose Weise ausgelaufen. Damals war Hauskassierung. Als ich dann bei der Bundeswehr war, hat meine Mutter das angesprochen, ich war ja nicht mehr im Betrieb, also war ich auch nicht mehr in der IG Metall – ich war raus. Es kommt aber noch besser. Irgendwann Mitte der 1970er Jahre wurde mit viel Alkohol und Reichskriegsflagge in einer Montageabteilung Hitlers Geburtstag gefeiert. Da habe ich mich so richtig geärgert, bin zum Betriebsrat – passiert ist nichts. Ich habe dann meinen Frust der IG Metall nach Frankfurt geschrieben. Mein Brief wurde als Gewerkschaftsausritt gewertet, ich war wieder raus.« Im Rahmen der Kandidatur zur Betriebsratswahl 1979 ist Klaus zum dritten Mal in die IG Metall eingetreten. Wenigstens ist der dritte Anlauf nun schon über 40 Jahre stabil. Bei der Wahl 1981 ist Klaus in den Betriebsrat von nun »Gildemeister Max Müller« gewählt worden; 1983 als Angestelltenvertreter in den »Gildemeister«-Aufsichtsrat und 1984 zum Betriebsratsvorsitzenden.

Als Mitglied des Konzernbetriebsrates, Vorsitzender des Konzernwirtschaftsausschusses, freigestellter Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der IG Metall-Vertreterversammlung und ab 1985 in der IG Metall-Ortsverwaltung war Klaus bestens vernetzt und in allen betriebsverfassungsrechtlichen und gewerkschaftlichen Fragen ein wichtiger Organisator, Verhandler, Vermittler und Berater. Zur IG Metall hatte er ein gutes Verhältnis: »Der Reinhard Schwitzer hat mit Wilhelm Warner (Arbeit und Leben) tolle Schulungs- und Betreuungsarbeit geleistet«. Sehr erfolgreich waren die gemeinsamen Arbeitskreise, Schulungen und Warnstreiks der Betriebe am Brinker Hafen: Hackethal, Wohlenberg, Krupp, Sorst und Gildemeister. »Das war auch für die Belegschaften ein tolles Gefühl – du warst nicht allein«. 1990 wurde »Gildemeister Max Müller« aufgeteilt, später kam es zur kompletten Abtrennung von Gildemeister Bielefeld. Bei der letzten Betriebsratswahl in den 1990er Jahren kandidierte Klaus nicht erneut zum Betriebsrat und ist Ende 1999 aus dem Betrieb ausgeschieden. Heute lebt er in Hannover.

Dieter Schaefer²⁵

* 22. Januar 1951 in Neunkirchen im Saarland

Betriebsratsmitglied Gildemeister – Max Müller, später Gewerkschaftssekretär IG Metall Hannover

Dieter Schaefer wurde im Saarland geboren, das bis Ende 1955 unter französischer Verwaltung stand. Für Dieter hieß das: »Mein Eis habe ich in Centime bezahlt und der Bürgersteig hieß Trottoire«. Seine erste Begegnung mit Gewerkschaften hatte er schon als kleines Kind, im Volkshaus, dem DGB-Haus in Neunkirchen, wo die Familie wohnte. »Jeden 1. Mai wurde der Innenhof geschmückt und die Blaskapelle spielte. Wir fanden das grandios!«

1966, nach dem Ende der Hauptschule, besuchte Dieter ein Jahr eine berufsvorbereitende Schule Metall, an die sich eine Mechaniker-Ausbildung bei der »Gesellschaft für Maschinen und Apparatebau« (GEMA) bis März 1970 anschloss. Dort wurde Dieter auch Mitglied der IG Metall. »Ich war ein passives Mitglied, aber wir waren dort alle organisiert.«

Während der Ausbildung beginnt Dieter seine Leidenschaft für Musik zu entwickeln. Die erste Band wird gegründet. Die ersten Auftritte folgen – und enden dann auch mal gerade noch pünktlich zum Arbeitsbeginn. »Spindtür auf, Gitarre rein, Rüschenhemd runter und Overall übergezogen.« Nach der Lehrzeit ist das Saarland für Dieter zu klein geworden und die Liebe und ein guter Freund ziehen ihn Mitte 1973 nach Hannover. Er bewirbt sich erfolgreich bei der Max Müller Brinker Maschinenfabrik, die damals noch nicht Gildemeister heißt. 1976 wird Dieter Vertrauensmann der IG Metall.

Bei Gildemeister arbeitet er als Mechaniker in der Hydraulikmontage der schweren CNC-Drehmaschinen und später in der Gruppenmontage, in der die Grundkomponenten und Werkzeugträger der Maschinen aufgebaut, angepasst und vermessen werden. Während dieser Zeit fängt auch Arno Dinse bei Gildemeister an, der Dieter mit Folkmusik und politischen Liedtexten vertraut machte, und zum musikalischen Wegbegleiter wird. Daraus entwickelt sich die Gruppe »Blaumann« mit Liedtexten aus der Arbeitswelt.

1980 wird Dieter in den Betriebsrat gewählt. 1984 wird er Stellvertreter des Betriebsratsvorsitzenden Klaus Grobe. In diesem Jahr wird ihm aber auch deutlich, dass ihm neben den klassischen gewerkschaftlichen Seminaren für Vertrauensleute und Betriebsräte einige Grundlagen der politischen Arbeit fehlten. Ein Kollege aus der Konstruktion empfiehlt ihm das »Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaften«. Acht Semester studiert Dieter daraufhin nebenberuflich an der Uni Hannover. Diese Lernphase erweitert seine Fähigkeiten und Sichtweisen. »Das hat mir bei der Interessenvertreter Tätigkeit unglaublich geholfen. Danach war ich ein anderer Mensch!«.

1992 gibt es bei Gildemeister in Hannover Probleme. »Es gab eine wahnsinnige Konkurrenz aus Japan; der Kostendruck war erheblich und Gildemeister hat sich auch mit Aufkäufen ein Stück weit übernommen.« Seine eigene Kündigung erlebt Dieter so: »Wir haben im Betriebsratsbüro gesessen und der Arbeitsdirektor hat die Namen der Beschäftigten verlesen, die kein Angebot für eine Teilverlagerung nach Bielefeld bekamen. Ich habe meinen Namen gehört. Das hat mich getroffen wie ein Blitzschlag. Mit einem Mal war Ende.

²⁵ Zeitzeugengespräch mit Dieter Schaefer

Klar, das war eine politische Entscheidung aber nur sehr schwer auszuhalten. Damals hat mir Reinhard Schwitzer gut zur Seite gestanden.«

Von 1993 bis 1995 besucht er das Arbeits- und Sozialrechtsseminar an der Akademie der Arbeit (AdA) in Frankfurt am Main. Danach arbeitet er fünf Jahre als DGB-Rechtssekretär in Braunschweig, Dresden und Hannover. Im Jahr 2000 wurde Dieter Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Hannover, was er 14 Jahre lang bleiben sollte. 2014 geht er in Rente. Er ist aber weiter musikalisch aktiv und spielt seit 2005 in der Gruppe »Spätlese«. Die Gruppe spielt seit etlichen Jahren bei vielen Gewerkschaftsveranstaltungen nicht nur in Hannover, sondern bundesweit.

Die Firma Aventics liegt heute in Laatzen in der Ulmerstraße, östlich des Messegeländes. Hier befindet sich das Unternehmen erst seit dem 2003, vorher war es in Hannover-Linden im Bartweg ansässig.

Aventics GmbH, früher u.a. Bosch-Rexroth und Wabco 2

Seit vielen Jahren werden in dem Betrieb pneumatische Steuerungssysteme hergestellt. Heute arbeiten in Laatzen fast 500 Beschäftigte. Das Unternehmen hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich und in den letzten Jahrzehnten mehrfach den Namen und den Eigentümer gewechselt.

Ursprünglich war der Betrieb ein Teil von Westinghouse bzw. Wabco in Hannover-Linden (siehe S. XXX). 1971 wurde für den Pneumatikbereich der Westinghouse GmbH ein eigenes Werk im Bartweg in Linden gebaut, viele nannten den Betrieb »Wabco 2«. 1979 wurde er als eine eigenständige Tochtergesellschaft mit dem Namen Wabco Steuerungstechnik GmbH & Co. KG ausgegliedert und ein eigenständiger Betriebsrat gewählt.

1989 verkaufte Wabco die Gesellschaft an die Mannesmann-Rexroth GmbH, später Rexroth Mecman GmbH. 2001 kam der Betrieb zum Bosch-Konzern und hieß Bosch-Rexroth-Pneumatics GmbH. Im Jahr 2003 erfolgte der Umzug in das neue Werk in Laatzen. 2014 wurde der Betrieb an Aventics verkauft. 2019 übernahm Emerson den Aventics-Konzern.

In der Zeit von 1976 bis heute wurden drei Betriebsratsvorsitzende gewählt: Harri Weigelt; Lothar Dohm und ab 2008 Michael Brozy. Die Belegschaft war in der ganzen Zeit zu über 80% in der IG Metall organisiert. Deshalb gehörte der Betrieb 1994 zu den ausgewählten Streikbetrieben der ersten Welle. Nach der Urabstimmung kam es kurz vor Streikbeginn doch noch zu einem Tarifergebnis, aber die Belegschaft wäre in jedem Fall streikfähig gewesen. Der damalige Betriebsratsvorsitzende, Lothar Dohm, erinnert sich: »Wir waren alle überrascht, dass es zum Streik kam und wir als Streikbetrieb ausgewählt wurden. Wir hatten nie daran gedacht. Dann war natürlich die Hektik groß, um das alles vernünftig zu organisieren. Der Bevollmächtigte der IG Metall, Dieter Dicke, kam dann zum ersten Mal mit einem Mobiltelefon zu uns, das ungefähr so groß wie ein Backstein war. Dass es richtig losgehen würde, wurde uns und der Geschäftsleitung klar, als die IG Metall mobile Dixi-Toiletten vor dem Werkstor aufstellen ließ. Mit der Personalleitung war ein Notdienstplan vereinbart, die Streikposten an den Zugängen waren eingeteilt und der Streik hätte losgehen können. Dann kam ja über Nacht die erfolgreiche Nachricht, dass es in letzter Minute zu einer Einigung gekommen ist. In der Belegschaft war die Reaktion unterschiedlich.

Diejenigen IG Metall-Mitglieder, die einen vernünftigen Gewerkschaftsbeitrag gezahlt haben, haben sich geärgert, dass sie nicht mal von der IG Metall Streikgeld bekommen. Andere waren aber über die Einigung froh.«²⁶

Die Firma Emerson plante im Juni 2020 in dem Aventics-Werk 250 Arbeitsplätze abzubauen. Nach wochenlangen Konflikten gelang es dem Betriebsrat und der IG Metall, den Abbau auf 165 Stellen zu begrenzen. Der Abbau soll bis September 2022 erfolgen. Durch freiwillige Aufhebungsverträge und Altersteilzeitregelungen sollen betriebsbedingte Kündigungen möglichst vermieden werden. Die zukünftige Personalstärke soll mindestens 430 betragen. Das Unternehmen verpflichtet sich, am Standort Investitionen zu tätigen.

Harri Weigelt²⁷

* 22. Oktober 1922 in Hannover, † 25. Februar 2021 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender Wabco – Werk 2, später Bosch-Rexroth, heute Aventics

Nach der Volksschule absolvierte Harri Weigelt bei einer kleinen Zahnradfabrik namens Serbent & Söhne eine Ausbildung als Dreher. Danach wurde er zur Wehrmacht eingezogen und kommt in russische Kriegsgefangenschaft. Harri Weigelt kam 1945 im Alter von 23 Jahren unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges aus Russland nach Hannover zurück. Im Eilenriedestadion wurden die rückgekehrten Soldaten »aussortiert«, und er konnte zu seiner Familie in die Kochstraße in Linden zurückkehren. Er fand sofort Arbeit in seinem ehemaligen Lehrbetrieb. Am 1. Juni 1947 trat er in die IG Metall ein. Er wurde ebenfalls Mitglied der SPD. Seine Leidenschaft war das Rugby-Spiel. Mit Victoria Linden war er mehrmals deutscher Meister im Rugby.

Wegen eines Streites mit dem Chef der Fa. Serbent wurde er entlassen und war eine Woche arbeitslos, bevor er 1950 bei Westinghouse als Dreher beschäftigt wurde. Die Firma Westinghouse hieß später Wabco und heute ZF-Wabco. Er hat zunächst noch in der Fabrik am Goetheplatz gearbeitet, bevor der Umzug zum Lindener Hafen erfolgte. In der Goethestraße waren auch im 1. und 2. Stock Drehbänke aufgestellt. Teilweise gab es auch andere, ausgelagerte Fabrikgebäude, z.B. am Schlorumpskoppelweg. Harri war als IG Metall Mitglied Jugendvertreter. Anschließend wurde er Vertrauensmann der IG Metall: »Ich habe die Metaller betreut und den Gewerkschaftsbeitrag kassiert. Dann wurde ich auch Betriebsrat.«

Er erinnert sich: »Bei Westinghouse war das so. Da mussten die Dreher und die anderen Metallarbeiter sehen, dass sie über Weihnachten andere Arbeit bekommen, denn bei Westinghouse wurden sie über Weihnachten entlassen mit der Zusage, nach Weihnachten wieder anfangen zu können. Dies hing mit der Situation beim Hauptkunden Bundesbahn zusammen. Später stiegen wir um auf PKW, und Daimler wurde unser Hauptkunde. Da ging es uns dann besser.«

Harri Weigelt war ab 1950 Betriebsratsmitglied bei Westinghouse bzw. bei Wabco. 1971 wurde der Pneumatik-Bereich in eine eigene Gesellschaft ausgegliedert – die sogenannte Wabco 2. Er war von 1976 bis 1984 Betriebsratsvorsitzender. Die Belegschaft von Wabco 2 setzte sich zur Hälfte aus Arbeitern und Angestellten zusammen. Im Angestelltenbereich war die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) stark vertreten. Harri Weigelt ging 1984 mit

²⁶ Zeitzeugengespräch mit Lothar Dohm

²⁷ Zeitzeugengespräch mit Harri Weigelt

62 Jahren in Rente. Sein Nachfolger wurde Lothar Dohm. Harri verstarb ein Jahr nach dem Zeitzeugengespräch für dieses Buch im Alter von 98 Jahren in Hannover.

Lothar Dohm²⁸

* 11. November 1950 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender Mannesmann-Rexroth, Bosch-Rexroth, heute Aventics

Lothar Dohm wurde als einziges Kind seiner Eltern geboren und ging in Hannover zur Schule. Die Familie lebt in bescheidenen Verhältnissen, denn sein Vater war zu 100% kriegsversehrt und die einzige Einnahmequelle der Familie war dessen niedrige Versehrten-Rente.

Im April 1966 begann er bei der damaligen Westinghouse Bremsen & Apparatebau GmbH in Hannover-Linden eine Ausbildung als technischer Zeichner. Er hatte mehrere Angebote für eine Lehrstelle, so z.B. bei Hanomag und Hackethal. Weil er bei Westinghouse respektvoll behandelt wurde, hat er sich für diese Firma entschieden. Im ersten Lehrjahr verdiente er 75 DM im Monat. Im Juli 1966 trat er in die IG Metall ein. Er wurde zum Jugendvertreter gewählt und hatte dieses Amt von 1969 bis 1971 inne. Nach Abschluss der Ausbildung arbeitete er von 1970 bis 1984 als technischer Zeichner in der Entwicklung.

1972 wurde er erstmals in den Betriebsrat gewählt. Damals gab es getrennte Wahlen für Arbeiter und Angestellte. Lothar kandidierte auf der IG Metall Liste-für die Angestellten. Damals gab es noch die DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft), die nicht Mitglied im DGB war und bei Westinghouse mit einer eigenen Liste bei den Betriebsratswahlen kandidierte. Lothar erinnert sich: »Bei der BR-Wahl 1972 schnitt die IG Metall-Liste bei den Angestellten deutlich besser ab als die DAG. Natürlich hatten wir die Mehrheit, auch bei den späteren Betriebsratswahlen.«

1971 bis 1973 wurde das Werk 2 am Bartweg gebaut. Bis 1979 war es ein Werk von Westinghouse bzw. Wabco und wurde 1979 eine eigenständige Gesellschaft – die Westinghouse Steuerungstechnik GmbH & Co KG, die bis 1989 zur Wabco-Gruppe gehörte. Ab 1979 wurde im Werk 2 ein eigenständiger Betriebsrat gewählt. Bei Wabco 2 war das Verhältnis Arbeiter zu Angestellten Hälfte/Hälfte.

Der Betriebsrat bei der verselbstständigten Gesellschaft musste in vielen Regelungsbereichen wie z.B. Lohn und Gehalt, Arbeitszeit usw. eigene Betriebsvereinbarungen abschließen. Der Organisationsgrad in der IG Metall war insgesamt ca. 60%, bei den Arbeitern höher als bei den Angestellten. 1979 wurde Lothar stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und 1984 als Nachfolger von Harri Weigelt Betriebsratsvorsitzender, was er bis 2008 blieb. Es war damals unüblich, dass ein Angestellter Betriebsratsvorsitzender wurde. Darüber gab es im Betriebsrat längere Diskussionen. Da er aber in allen Abteilungen, auch in der Produktion, bekannt war, lief die Wahl auf ihn zu. Im Betrieb arbeitete ein aktiver Vertrauenskörper der IG Metall. Die Zusammenarbeit von Betriebsrat und Vertrauensleuten war gut.

Lothar: »Von der IG Metall wurden wir durch Hans Berkentin betreut. Zu den Betriebsversammlungen kam aber »Hauptling Silberlocke«, also Claus Wagner, weil er der bessere Redner war. Insbesondere bei den Angestellten kamen die Reden von Claus Wagner

²⁸ Zeitzeugengespräch mit Lothar Dohm

sehr gut an.« 1989 wurde das Unternehmen von Mannesmann gekauft. Es gab zunächst bei den Beschäftigten Befürchtungen um ihre Arbeitsplätze. Lothar dazu: »Das ist aber nicht geschehen. Bei allen Übernahmen in den folgenden Jahren kam es nicht zu Entlassungen. Die Zahl der Arbeitsplätze nahm jedoch ab, z.B. wurden die durch Rentenabgänge freiwerdende Arbeitsplätze nicht wiederbesetzt. Die Stammbelagschaft konnten wir über die Jahre halten. Die Firma gehörte zum Teilkonzern Rexroth, der Teil des Mannesmann-Konzerns war. Das Hauptwerk von Rexroth war in Lohr. Auch der Verkauf von Mannesmann zu Bosch im Jahr 2001 hatte vor Ort wenig Auswirkungen.« 2003 zog die Firma nach Laatzen um. In der Produktion war Zwei-Schicht, manchmal für einen begrenzten Zeitraum auch Drei-Schicht. In der Produktion war Akkordlohn vereinbart und die Verdienstgrade lagen bei bis zu 130% des Grundlohns.

Die Belagschaft von Rexroth beteiligte sich regelmäßig an Warnstreiks während der Tarifrunden und gehörte 1994 zu den vorgesehenen Streikbetrieben. Im Jahr 2008 scheidet Lothar aus dem Unternehmen aus und lebt in Bad Nenndorf.

IG Metall im Bundesgebiet

Von 1983 bis 1989 setzte die IG Metall bundesweit mehrere Schwerpunkte: Kampf gegen den Sozialabbau der CDU-FDP-Regierung, Kampf um die 35-Stunden-Woche und Widerstand gegen die Änderung des »Streikparagrafen« 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zur »kalten Aussperrung«. Die IG Metall wurde ab 1983 von Hans Mayr und ab 1989 von Franz Steinkühler als Erster Vorsitzenden geführt.

Im Bezirk Hannover der IG Metall kam es zu einem großen Konflikt, der auch die Verwaltungsstelle betraf. Claus Wagner war seit 1980 ehrenamtliches Mitglied im Frankfurter IG Metall-Vorstand. Auch aufgrund seiner politischen Nähe zum SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt und seiner ablehnenden Haltung zur Friedensbewegung kam es in anderen Verwaltungsstellen im Bezirk Hannover zu Kritik an seiner Politik. Als die niedersächsischen Delegierten bei der Vorbesprechung zum Gewerkschaftstag 1986 zusammenkamen, war Claus Wagner erneut als ehrenamtliches Vorstandsmitglied vorgeschlagen worden. Aus dem Kreis der Delegierten kam ein Gegenvorschlag, der dann auch mehrheitlich gewählt wurde: der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Salzgitter. Bernd Henn stand für einen eher konfliktorientierten und SPD-kritischen Kurs. Diese Entscheidung führte zu harten Konflikten innerhalb des Bezirks Hannover. Auf der Bezirkskonferenz im Jahr 1987 fielen alle Unterstützer von Bernd Henn bei den Wahlen zur Bezirkskommission und zum Beirat der IG Metall durch. Der Bezirk Hannover war im Grunde genommen in zwei Strömungen gespalten. Besonders problematisch war, dass sich auf der Bezirkskonferenz hauptamtliche Kollegen aggressiv und polemisch gegenseitig kritisierten.

Diese internen Konflikte verbrauchten viel Zeit und Energie und behinderten ein gemeinsames solidarisches Handeln aller Verwaltungsstellen. Erst als 1988 Jürgen Peters neuer Bezirksleiter wurde, änderte sich die Situation. Peters schaffte es, in kurzer Zeit die beiden »Strömungen« wieder zueinander zu führen und eine gemeinsame solidarische Arbeit aller Verwaltungsstellen sicherzustellen. Bernd Henn trat nach internen Konflikten 1998 von seinem Posten als ehrenamtliches Vorstandsmitglied zurück und der Osnabrücker Bevollmächtigte Rolf Bockelmann wurde sein Nachfolger im IG Metall-Vorstand.

IG Metall in Hannover

Die Arbeit der IG Metall in Hannover war in den Jahren 1983 bis 1986 wesentlich geprägt durch den Streik im Kfz-Handwerk, den Kampf um die 35-Stunden-Woche und den Kampf gegen den § 116 AFG. Dazu kamen die geschilderten Konflikte bei Hanomag, Telefunken und VAW-Leichtmetall. Eine Besonderheit liegt darin, dass die IG Metall Hannover in dieser Zeit die Zahl der Mitglieder konstant bei ca. 50.000 halten konnte. In dieser Zeitperiode fanden zahlreiche örtliche Ereignisse, Aktionen und Demonstrationen statt.

1985: Demonstration gegen Sozialabbau

Gegen den immer stärker werdenden Sozialabbau der CDU-FDP-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl rief der DGB am 19. Oktober 1985 in Hannover zu einer großen Protestkundgebung auf. In drei Sternmärschen vom Freizeitheim Linden, dem Freizeitheim Vahrenwald und dem Schützenplatz demonstrierten über 50.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zur Abschlusskundgebung auf dem Steintorplatz.

1988: Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau.

Am 14. März 1988 wird erneut gegen Sozialabbau demonstriert. Der DGB-Kreis Hannover rief zu einer Demonstration und Kundgebung auf. Das Motto lautete: »Die Region Hannover muss leben – Aktiv gegen Arbeitsplatzabbau und Sozialabbau.« Der DGB-Kreisvorsitzende Heinz-Hermann Witte hatte organisiert, dass neben den DGB-Gewerkschaften auch andere Verbände zur Demonstration aufriefen, wie z.B. die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Reichsbund (heute Sozialverband Deutschland SoVD), die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) sowie die Naturfreunde. Zu der Demonstration vom Klagesmarkt durch die Innenstadt zum Steintorplatz kamen 12.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

1. Mai: Veranstaltungen auf dem Klagesmarkt

In der Zeit von 1983 bis 1989 fanden alle Veranstaltungen zum 1. Mai große Resonanz. Am 1. Mai 1987 nahmen beispielsweise 12.000 Menschen teil.²⁹ In mehreren Sternmärschen demonstrierten die Teilnehmenden aller DGB-Gewerkschaften zur zentralen Kundgebung auf dem Klagesmarkt. Das anschließende Kultur-, Familien- und Solidaritätsfest war dann ein fröhlicher, bunter Abschluss dieses Festtages, der bis in den späten Nachmittag reichte.

Mordanschlag am VW-Werkstor

Schichtende bei Volkswagen. Am Montag, dem 7. Januar 1985 um 22:30 Uhr verließ der türkischstämmige Gießereiarbeiter Zeki Sonraci mit zwei Kollegen am Haupttor das Werk. An der Straßenunterführung wurden Flugblätter von Mitgliedern der »Türk Federation« verteilt.

²⁹ IG Metall Hannover, Lokalseite der Metall Zeitung, 10. Mai 1987

Dies ist eine rechte nationalistischen Organisation, die auch unter dem Namen »Graue Wölfe« bekannt ist und bis heute vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Zeki nahm das angebotene Flugblatt, erkannte den Herausgeber und warf das Flugblatt zu Boden. Nun ging alles schnell und scheinbar verabredet. Die Kollegen wurden abgedrängt, mehrere Flugblattverteiler schlugen und stachen mit Messern auf den Vater von vier Kindern ein. Denn der warmherzige, stille und freundliche Mann war ein engagierter Demokrat, Gewerkschafter und Friedensaktivist; er war den Faschisten offensichtlich ein Dorn im Auge. Mit lebensgefährlichen Lungen- und Kopfverletzungen, Brüchen und ausgekugeltm Arm, kam Zeki auf die Intensivstation. Trotz Zeugenaussagen wurden nur zwei der acht Täter festgenommen. Die IG Metall verurteilte in einer Presseerklärung den Anschlag.³⁰ Sie protestiert auf einer Veranstaltung im Freizeithem Linden öffentlich gegen den feigen Mordversuch und trat als Nebenkläger für die Familie auf. Der Ausgang des Prozesses konnte nicht recherchiert werden. Der DGB forderte beim niedersächsischen Minister des Inneren ein Verbot der faschistischen Organisation. Zeki Sonraci ging Anfang der 1990er Jahre in den Ruhestand. Die »Grauen Wölfe« verbreiten noch heute ihr rechtsextremistisches Gedankengut. In Frankreich wurden sie 2020 verboten.

Die Strukturen der IG Metall Hannover³¹

Beispielhaft können die inneren Strukturen der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover am Jahr 1983 beleuchtet werden:³² Am 31. Dezember 1983 hatte die IG Metall Hannover 49.142 Mitglieder. Davon waren:

- 37.613 Männer (76,5%) und 4.878 (10%) Frauen sowie 6.651 Rentnerinnen und Rentner;
- 6.396 Mitglieder waren Jugendliche, also unter 25 Jahren (13%);
- 41.248 waren Arbeiter (84%) und 7.894 Angestellte (16%);
- 6.599 ausländische Beschäftigte (13%), davon mehr als die Hälfte Türken, gefolgt von Spaniern, Jugoslawen, Griechen und Italienern.

Die Struktur der von der IG Metall betreuten Betriebe sah wie folgt aus:

Beschäftigte	Zahl der Betriebe
Mehr als 5.000	1
1.000 bis 4.999	8
500 bis 999	9
100 bis 499	54
50 bis 99	47
Weniger als 50	109
Summe	228

³⁰ Presseerklärung der IG Metall Hannover vom 11.1.1985; Archiv der IG Metall Hannover

³¹ Angaben nach: IG Metall Verwaltungsstelle Hannover, Geschäftsbericht 1981 bis 1983 sowie nach IG Metall Bezirksleitung Hannover Geschäftsbericht 1981 bis 1983

³² IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1981 bis 1983, S.29, Archiv der IG Metall Hannover

1981 wurden in 141 Betrieben Betriebsräte gewählt, 43 Betriebe der Metallindustrie und 98 Betriebe in den verschiedenen Handwerksbranchen. 82% der gewählten Betriebsratsmitglieder gehörten der IG Metall an, bei den Angestellten waren es 70%. Im Jahr 1982 wurden in 34 Betrieben Jugendvertretungen gewählt.

Die IG Metall Verwaltungsstelle wurde 1983 von drei Geschäftsführern geleitet: Claus Wagner (Erster Bevollmächtigter), Hans Berkentin (Zweiter Bevollmächtigter) und Gerd Steinauer (Kassierer). Es wurden fünf Gewerkschaftssekretäre beschäftigt: Werner Arndt, Dieter Dicke, Wolfgang Duda, Alfred Klose und Reinhard Schwitzer. Der heutige Ortsvorstand hieß damals noch Ortsverwaltung und hatte zwölf weitere Mitglieder, davon war Lucie Hupe die einzige Frau. In der Verwaltungsstelle arbeiteten 15 Verwaltungsangestellte.

In den Jahren ab 1981 wurde regelmäßig eine »erweiterte Ortsverwaltung« eingeladen, an der ca. 80 Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute teilnahmen. Die Bedeutung dieses Gremiums nahm aber kontinuierlich ab und wurde 2007 eingestellt. Die regelmäßigen Zusammenkünfte der Betriebsratsvorsitzenden und der VK-Leiter waren sinnvoller. Im Jahr 1985 wurde der Sitz der Verwaltungsstelle von der Otto-Brenner-Straße 7 in den Postkamp 10 verlegt. Der Sitz lag etwa da, wo sich heute das IG Metall-Haus und das Hotel Merkur im Postkamp befindet. Das heutige IG Metall-Haus wurde erst im Jahr 2004 bezogen. Im Eingangsbereich der Verwaltungsstelle hing für viele Jahre ein großes Ölgemälde.

Bildungsarbeit

Als 1975 das niedersächsische Bildungsurlaubsgesetz verabschiedet wurde, ergaben sich bessere Möglichkeiten für Wochenseminare, bei denen die Unternehmer den Verdienstausschlag zahlen mussten. Im Laufe der Jahre verschob sich schrittweise die gewerkschaftliche Bildungsarbeit von den betrieblichen Arbeitskreisen zu Wochenseminaren und Wochenendseminaren im Rahmen des Bildungsurlaubs. So bestand die Möglichkeit, neben Vertrauensleuten auch Mitgliedern der IG Metall den Zugang zu Seminaren zu eröffnen. Bis in die 1990er Jahre hinein fanden weiter betriebliche Arbeitskreise statt. So sind für das Winterhalbjahr 1984 in der Broschüre von Arbeit und Leben 52 betriebliche Arbeitskreise in Hannoverschen Betrieben aufgeführt, davon 17 bei Volkswagen.³³

Schwerpunkte waren das damalige Grundlagenseminar F1, das heute A1 genannt wird, und das Betriebsräteseminar (BR1). Sie wurden im Team von zwei bis drei ehrenamtlichen Referenten geleitet. Hierzu war es notwendig, die Referenten zu qualifizieren und inhaltlich zu betreuen. Die Rolle des Referentenarbeitskreises in der IG Metall Hannover war dafür entscheidend. Um jüngere Kolleginnen und Kollegen an die Arbeit als Referent bzw. Referentin heranzuführen, wurde von Wilhelm Warner und Reinhard Schwitzer ein Hospitanten-Arbeitskreis gebildet. Wilhelm Warner erinnert sich: »Die inhaltliche und methodische Qualifizierung im Referentenarbeitskreis lief mit guter Unterstützung von Edith Grosspietsch aus Sprockhövel. Der Referentenarbeitskreis in den 1980er Jahren bestand aus 20 bis 30 Kolleginnen und Kollegen, die sich kontinuierlich monatlich nach Feierabend getroffen haben. Die gesamte Vertrauenskörperleitung von Volkswagen hat an diesem Arbeitskreis regelmäßig teilgenommen. Wir haben mit dem Referentenarbeitskreis jahrelang ein Wochenseminar zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Referentinnen und Referenten in Rosche (bei Uelzen) durchgeführt. Es hatte einen hohen Stellenwert für die

³³ Arbeit und Leben Niedersachsen; 1984: Arbeitsprogramm für das Winterhalbjahr; Archiv der IG Metall Geschäftsstelle Hannover

Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der IG Metall Hannover. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss Spaß machen, aber es gab einen besonderen Höhepunkt: Claus Wagner kam regelmäßig für einen Nachmittag in die Seminare. Am Abend gab es drei Superstars im Witze erzählen: Claus Wagner, Herbert Flamme von Volkswagen und Reinhard Schwitzer. Der Zusammenhalt war ganz toll. Der Betriebsratsvorsitzende von VAW-Leichtmetall, Hans Kuck, nahm regelmäßig daran teil und hat auch einmal im Jahr ein Betriebsräte-1-Seminar durchgeführt. Gleiches galt für Benno Kanthak von Krupp Stahlbau. Sie wollten die Situationen in anderen Betrieben kennenlernen.«³⁴

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit musste sich immer wieder gegen Widerstände durch die Unternehmer zur Wehr setzen. Diese versuchten die Bildungsansprüche von Betriebsratsmitgliedern nach dem Betriebsverfassungsgesetz und von Vertrauensleuten nach dem niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetz systematisch zu behindern. Die IG Metall musste dazu zahlreiche Prozesse führen.

Arbeitskreis Arbeitslose

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit gründete die IG Metall im April 1984 einen »Arbeitskreis Arbeitslose«.³⁵ Hier trafen sich zunächst wöchentlich und später alle zwei Wochen arbeitslose Mitglieder. Einerseits hatte der Arbeitskreis die Aufgabe, der Vereinzelung der arbeitslosen Mitglieder entgegenzuwirken. Andererseits wurden dort konkrete Hilfestellungen erarbeitet und politische Aktionen gegen die Arbeitslosigkeit unterstützt. Das Motto hieß: »Arbeitslos – aber nicht wehrlos«.

Tarifpolitik

Die Tarifpolitik in der Metallindustrie und bei Volkswagen war in dieser Zeitperiode von der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche geprägt. Kurz davor, im Oktober 1983, wurden in der Metallindustrie im Manteltarifvertrag neue Entlohnungsbestimmungen vereinbart. Es war nicht gelungen, die Forderung nach einem gemeinsamen Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte durchzusetzen. Das Tarifergebnis kann aber als eine Art Zwischenschritt dahin gesehen werden. Die neuen Regelungen bezogen sich vor allem auf die Bedingungen von Akkord- und Prämienlohn sowie die Arbeitsbedingungen bei Band- und Taktarbeit.³⁶

Streik im Kfz-Handwerk im Jahr 1983³⁷

Von herausragender Bedeutung war im Jahr 1983 der Streik im Kfz-Handwerk, also bei den Autohäusern und Kfz-Werkstätten. Strittig war die Forderung, oberhalb der Eck-Lohngruppe weitere Lohngruppen tariflich zu vereinbaren, um die Praxis der übertariflichen

³⁴ Zeitzeugengespräch mit Wilhelm Warner

³⁵ IG Metall Verwaltungsstelle Hannover, Geschäftsbericht 1984 bis 1986, S. 102. Archiv der IG Metall Geschäftsstelle Hannover

³⁶ IG Metall Bezirksleitung Hannover, Tarifnachrichten Oktober 1983; in IG Metall Bezirksleitung Hannover, Geschäftsbericht 1981 bis 1983, S.47

³⁷ IG Metall Bezirksleitung Hannover: 1983. Der Streik im Kfz.-Handwerk, Niedersachsen 1983. Archiv der IG Metall Geschäftsstelle Hannover

»Nasenprämien« zu beenden. Das wurde von den Arbeitgebern strikt abgelehnt, das führte in ganz Niedersachsen zu Warnstreiks.³⁸ Nach weiteren erfolglosen Verhandlungen kam es Anfang September zur Urabstimmung über einen unbefristeten Streik. Bei der Abstimmung stimmten über 91% für Streik, der am 19. September 1983 begann.

Von den ca. 40 Streikbetrieben in Niedersachsen kamen in der ersten Streikwelle folgende Betriebe aus der Region Hannover:

- Petermax Müller (VW und Audi),
- Gessner & Jacobi (VW und Audi),
- Reinhart & Sebesse (BMW),
- Hachmeister (Mercedes-Benz) und
- Bartels (Renault).

In der zweiten Streikwelle kamen die Belegschaften folgender Betrieb dazu:

- Autohaus Nordstadt (VW),
- Autohaus Henschel (VW),
- Peugeot-Zentrale-Kirchrode,
- Mercedes-Benz-Niederlassung³⁹ (Podbielskistraße),
- sowie weitere Betriebe der Mercedes-Benz Niederlassung in Vahrenwald und Döhren.

Nach einem eintägigen Streik schloss die Firma Opel Blitz einen Haustarifvertrag ab. Der Verhandlungsführer der IG Metall Bezirksleitung Hannover Hasso Düvel erinnert sich: »Der Tarifvertrag im Kfz-Handwerk sah so aus, dass es einen Ecklohn und eine höhere Lohngruppe mit 115% gab. Das war alles. Diese höhere Lohngruppe war im Tarifvertrag so beschrieben, dass kaum jemand hineinkam. In den Betrieben entwickelte sich aber ein System von übertariflichen Zulagen für höher qualifizierte Facharbeiter. Da spielte häufig der ›Nasenfaktor‹ eine Rolle und die Zulagen waren rechtlich nicht abgesichert. Deshalb haben wir zusätzliche tarifliche Lohngruppen oberhalb der Ecklohngruppe gefordert, damit die Löhne auch abgesichert waren. Es sollte aufhören mit der übertariflichen Entlohnung nur für diejenigen, die sich kritiklos anpassten und nicht für gewerkschaftliche Belange eintraten. Dieser Kfz-Streik war der erste Flächenstreik im Handwerk im ganzen Bundesgebiet. Er dauerte vier Wochen und es wurde am Schluss natürlich schwierig.«⁴⁰ Die Organisation eines vierwöchigen Streiks in zwölf Betrieben stellte die IG Metall Hannover und die ehrenamtlichen Kollegen vor hohe Herausforderungen. In der Verwaltungsstelle waren die Gewerkschaftssekretäre Reinhard Schwitzer und Dieter Dicke verantwortlich.

Der damalige Betriebsratsvorsitzende der Mercedes-Benz Niederlassung, Achim Stein, erinnert sich wie folgt: »In der ersten Welle waren Volkswagenbetriebe. Wir kamen eine Woche später in der zweiten Welle dazu und haben dann insgesamt drei Wochen gestreikt. Gestreikt wurde im Hauptbetrieb Podbielskistraße, Pkw-Zweigbetrieb Döhren und im Nutzfahrzeugbetrieb in der Vahrenwalder Straße. Es gab viele Diskussionen mit der Niederlassungsleitung, die uns überzeugen wollte, den Streik abubrechen. Wir haben am Haupttor des Betriebes Streikposten eingesetzt. Dann kamen von der Personalabteilung aus Stuttgart welche, die uns erzählten, wir sollten eine Gasse bilden, so dass Kunden und Streikbrecher freien Zugang zum Betrieb hätten. Der Verhandlungsführer, Hasso Düvel, hat

³⁸ Geschäftsbericht IG Metall Hannover, 1981 bis 1983, S.42 – 45

³⁹ In der Broschüre der IG Metall Bezirksleitung wird meistens von der »Daimler-Niederlassung« gesprochen.

⁴⁰ Zeitzeugengespräch mit Hasso Düvel

denen aber erklärt: ›So was gibt es bei euch im Schwabenland – hier in Niedersachsen gibt es sowas nicht.‹ Dann sind die wieder nach Stuttgart zurückgereist. Aus vielen Niederlassungen im Bundesgebiet und den Mercedes-Benz-Werken kamen Solidaritätsschreiben.«⁴¹

Zum Verlauf des Streiks sagt Achim Stein: »Die Streikfront stand von Anfang bis Ende. Wir hatten nur fünf bis sechs Streikbrecher, die dann auch später aus der IG Metall ausgeschlossen wurden. Die Auszahlung des Streikgeldes erfolgte im Vereinsheim einer Gartenkolonie – ganz in der Nähe. Das Streikgeld wurde wöchentlich bar ausgezahlt. Viele Mitglieder fanden das ganz toll. Anschließend saßen wir noch zusammen und haben 'nen Bier getrunken und 'ne Bratwurst gegessen. Nach einem Tarifergebnis und der zweiten Urabstimmung wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Es hat bei der Belegschaft positiv nachgewirkt. Viele sind dann auch in die IG Metall eingetreten.«⁴²

Nach vier Wochen wurde ein Tarifergebnis erzielt, das am 17. Oktober den IG Metall-Mitgliedern in der zweiten Urabstimmung vorgelegt wurde. Hasso Düvel fasst das Ergebnis des Streiks wie folgt zusammen: »Der Streik war ein voller Erfolg. Nach vier Wochen konnten wir ein Verhandlungsergebnis mit einer Tarifierhöhung von 3,2% und zusätzlichen Lohngruppen oberhalb der Ecklohngruppe erzielen. In der zweiten Urabstimmung stimmten 96,5% der am Streik beteiligten Kollegen zu. Am schwierigsten war im Streik, dass es zwei Fronten gab. Die Arbeitgeber und die Kundschaft, die nur die Dienstleistung an ihrem Fahrzeug im Blick hatte. Leider haben im Streik einige Hauptamtliche der IG Metall intern Kritik an der Streikführung geübt. Vornweg war dies Claus Wagner. Aber der Bezirksleiter Reimar Birkwald stand hinter uns und hat uns gestützt. Warum Claus Wagner das gemacht hat, weiß ich nicht. Wagner war zum rechten Sozialdemokraten mutiert. Wir waren für ihn zu links.«⁴³

Der erfolgreiche Streik änderte das Kräfteverhältnis von Belegschaften, Betriebsräten und IG Metall einerseits und den Arbeitgebern andererseits. Dazu formulierte Reinhard Schwitzer im Geschäftsbericht der IG Metall Hannover folgende Schlussfolgerung: »Viele Kolleginnen und Kollegen hatten erkannt, dass Solidarität die entscheidende Waffe der Gewerkschaftsbewegung ist. Die Unterstützung und Solidarität aus der Bevölkerung und aus den Gewerkschaften ist sehr gut gewesen. Frauen und Lebensgefährten haben wesentlich mitgeholfen, diesen Arbeitskampf überhaupt möglich zu machen. Alle Beteiligten haben mit großer nervlicher und physischer Beanspruchung diesen Arbeitskampf durchgehalten, weil alle Streikenden auch gleichzeitig Streikposten waren. Die Kolleginnen und Kollegen haben ihre Ehre als abhängig Beschäftigte verteidigt und sind mit aufrechtem Gang in die Betriebe zurückgekehrt. Die Unternehmer haben begreifen müssen, dass jeder der Streikenden mit mehr Selbstbewusstsein wieder zurückgekommen ist.«⁴⁴

Mercedes-Benz-Niederlassung

⁴¹ Zeitzeugengespräch mit Achim Stein

⁴² Ebd.

⁴³ Zeitzeugengespräch mit Hasso Düvel

⁴⁴ Geschäftsbericht IG Metall Verwaltungsstelle Hannover, 1981 bis 1983, S. 45

Wer heute in Hannover die Podbielskistraße stadtauswärts fährt, passiert kurz vor dem Mittelland-Kanal die Mercedes-Benz-Niederlassung. Wie viele Autohäuser und Kfz-Werkstätten gehört sie zum Kfz-Handwerk. Bei »Handwerk« denken viele Menschen an Kleinbetriebe mit fünf bis zehn Beschäftigten. Die Daimler-Niederlassung in Hannover hat über 400 Beschäftigte, mit den zugehörigen Zweigbetrieben und Logistikzentrum über 1.100 Beschäftigte – mehr als mancher Industriebetrieb.

Zur Beschäftigtenentwicklung erinnert sich Achim Stein: »Bis Mitte der 1980er Jahre waren wir ca. 400 Beschäftigte. Später kam dann das sogenannte Regional-Versorgungslager für den gesamten norddeutschen Raum dazu. Der Bereich Ersatzteile und Logistik wurde systematisch ausgebaut – mit ca. 300 Beschäftigten. Später wurde das zum ›Europäisches Logistik Center Hannover‹ und belieferte auch den ganzen skandinavischen Raum. Noch später kamen weitere Zweigbetriebe dazu: Langenhagen, Döhren, Empelde, Hildesheim, Lehrte, Stadthagen, Bückeburg, Alfeld, Hameln und Bad Pyrmont. Insgesamt waren wir 1.100 Beschäftigte. Für alle diese Zweigniederlassungen gab es einen Betriebsrat, der in der Niederlassung in der Podbielskistraße saß. In allen Zweigbetrieben wurde Vertrauensleute gewählt, so dass wir Ansprechpartner vor Ort hatten.«

In der Niederlassung arbeiten heute Kfz-Mechatroniker, Kfz-Lackierer, Karosseriebauer, Autoverkäufer und Verwaltungsangestellte. Zur Änderung des Berufsbildes in einer Kfz-Niederlassung formuliert Achim Stein: »Früher wurden ja Kfz-Schlosser ausgebildet. Heute heißt es Kfz-Mechatroniker. Der größte Unterschied in der praktischen Arbeit ist: Früher war 20% Befundfestlegung und 80% handwerkliche Arbeit, z.B. einen Motor zerlegen. Heute ist es genau umgekehrt. Heute sind es 80% Diagnose und 20% Auswechseln von Komponenten. Früher hatten 80% der Auszubildenden einen Hauptschulabschluss, heute haben sie mehrheitlich Sekundarabschluss oder Abitur. Hauptschüler sind die Ausnahme.« Heute ist Sven Dedden Betriebsratsvorsitzender.

Achim Stein⁴⁵

* 4. Oktober 1947 in Hannover-Linden

Betriebsratsvorsitzender Mercedes-Benz-Niederlassung

Achim Stein schloss die Schule mit der mittleren Reife ab und begann in der Mercedes-Benz-Niederlassung in der Podbielskistraße eine Ausbildung als »Kfz-Schlosser«. Die Ausbildung dauerte von 1963 bis 1967. Zur Ausbildung erinnert sich Achim: »Die Ausbildung war im Vergleich zu anderen Betrieben sehr gut. Im ersten Ausbildungsjahr kamen wir aber gar nicht mit Autos in Kontakt, sondern absolvierten den Grundkurs ›Eisen und Metall‹ und erlernten andere Grundfähigkeiten. Erst ab dem zweiten Ausbildungsjahr kamen wir mit Autos in Kontakt. Von 350 Beschäftigten zu der Zeit waren 70 Lehrlinge, wie die Auszubildenden damals genannt wurden.« Er begann am 1. Januar 1967 in der Mercedes-Benz-Niederlassung mit seiner Arbeit als Kfz-Schlosser. An diesem Tag trat er auch in die IG Metall ein. Das kam so: »Nach Abschluss der Ausbildung erhielt jeder von uns einen eigenen Werkzeugwagen mit persönlichen Werkzeugen. Der ältere Kollege an der Werkzeugausgabe rückte allerdings den Werkzeugwagen nur raus, wenn man vorher das Eintrittsformular für die IG Metall ausgefüllt

⁴⁵ Zeitzeugengespräch mit Achim Stein

hatte. Er sagte: »Erstmal unterschreibst du hier, junger Mann, und dann kriegst du auch dein Werkzeug.« Dann bin ich halt eingetreten.«

Zur Lohnauszahlung und Beitragskassierung berichtet Achim: »Damals gab es alle 14 Tage eine Barauszahlung unseres Lohns in sogenannten Lohntüten. Die wurden von der Personalabteilung auf langen Tischen bereitgelegt. Am Ende der Tischreihe saß ein Vertrauensmann der IG Metall, der dann gleich den Gewerkschaftsbeitrag einsammelte. So konnte jeder sehen, wer Mitglied der IG Metall war und wer nicht. Wir waren damals zu etwa 80% organisiert«. Seinen Einstieg in die IG Metall-Arbeit beschreibt Achim wie folgt: »Ich wurde dann von Vertrauensleuten angesprochen, ob ich nicht auch Vertrauensmann werden wollte. Sie sprachen mich an, weil ich über den Sport sehr bekannt war und auch manchmal in der Zeitung stand. Ich spielte damals Rugby. Mit Victoria Linden war ich dreimal Deutscher Meister und spielte auch in der Rugby-Nationalmannschaft. Ja, so wurde ich dann Mitte der 1970er Jahre Vertrauensmann der IG Metall.« 1981 kandidierte Achim das erste Mal bei der Betriebsratswahl und wurde auch gleich gewählt. 1986 wurde er stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, 1987 freigestelltes Betriebsratsmitglied und ab 1992 Betriebsratsvorsitzender, was er bis zu seinem Ausstieg im Jahr 2012 blieb. Von 1985 bis 2012 war er Mitglied der Vertreterversammlung und von 1987 bis 2012 Mitglied im Ortsvorstand der IG Metall Hannover. In der Zeit war er 15 Jahre lang Revisor für die Ortskasse. Er nahm an mehreren Gewerkschaftstagen teil, erstmals 1989.

Im Jahr 2012 ging Achim in Rente. Heute lebt er in Luthe bei Wunstorf und ist im Ortsvorstand der SPD und im Förderverein für seinen alten Rugbyklub aktiv.